Arabische Revolutionen

Ausgabe Nr. 23, 06. November 2012

Im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ gingen in Ländern Nord-Afrikas und des Nahen Ostens zahlreiche Menschen auf die Straße. Die Proteste richteten sich dabei mehrheitlich gegen soziale Missstände und politische Unterdrückungen. Dabei kam es in manchen Ländern zu revolutionären Umstürzen, in anderen Ländern waren die Proteste weitaus begrenzter. Die Proteste überraschten, schließlich waren die Vorstellungen in Deutschland bislang durch ein Bild Nord-Afrikas und des Nahen Ostens als rückschrittlich und anti-emanzipatorisch geprägt. In hegemonialen Medien wurden sie jedoch zunächst begeistert aufgenommen. Dabei wurde verstärkt auf die Idee der „arabischen Welt“ zurückgegriffen, die sich von „dem Westen“ abgrenzt. Positiver Bezug wurde vor allem auf die Entwicklungen in Ägypten, Libyen und Tunesien genommen. Syrien wurde aufgrund der politischen Entwicklungen zunehmend als Bürgerkriegsland beschrieben. Auf andere Länder Nord-Afrikas wurde in der Vergangenheit weniger Bezug genommen. Die Verantwortlichkeit deutscher Außenpolitik am Machterhalt der jeweiligen Regime wird dabei oft unter den Teppich gekehrt. Vielmehr wird zunehmend die Verantwortung der Bundesregierung betont, am Aufbau demokratischer Strukturen und marktwirtschaftlicher Reformen zu helfen. Während Deutschland als demokratischer Staat behandelt wird, scheint in Ländern Nord-Afrikas dieser Prozess der Demokratisierung noch bevor zu stehen.

Im vergangenen Jahr wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Publikationen veröffentlicht, die sich mit den arabischen Revolutionen befassen. Andrea Strübe rezensiert das Buch „Arabischer Frühling“ von Tahar Ben Jelloun - eine Monographie, die die Verantwortung europäischer Staatschefs am Machterhalt der repressiven Regime Nord Afrikas und des Nahen Ostens hervorhebt. Anschließend widmet sich Philipp Jedamzik dem Buch „Leben als Politik“ von Asef Bayat, der die Alltagshandlungen von strukturell marginalisierten Menschen in den urbanen Zentren des Nahen Ostens fokussiert und nach dem gesellschaftlichen Veränderungspotential fragt, welches diesen Handlungen innewohnt. Sara Madjlessi-Roudi rezensiert den Sammelband „Die arabische Revolution“ von Frank Nordhausen und Thomas Schmidt, der Analysen zum Protest in elf Ländern umfasst. Dem folgend betrachtet Sebastian Kalicha das Buch „Tahir und kein zurück“ von Juliane Schumacher und Gaby Osman. Er sieht darin eine gelungene linke Analyse, die sich der bisherigen Berichterstattung deutscher Medien widersetzt und Hintergrundinformationen zu den revolutionären Ereignissen in Ägypten vermittelt. Eine weitere Analyse aus linker Perspektive schließt sich dem an: Sibille Merz rezensiert eine Sonderausgabe zu den arabischen Revolutionen der Monatszeitung *Analyse und Kritik*.

Den Anfang bei den Rezensionen außerhalb des Schwerpunkts macht Ismail Küpeli, der den Sammelband „Die EU in der Krise“ der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ bespricht, ein Sammelband, der Grundlegendes für eine kritische Europaforschung und zu autoritären Tendenzen in der Krise vermittelt. Adi Quarti gibt in seiner Rezension „Was sollte man unbedingt lesen?“ einen Einblick in den Roman „Manetti lesen - oder vom guten Leben“ des Autors P.M., dessen neuestes Werk sich zwischen ein wenig zu viel Utopie und einer Chronik des Widerstandes bewegt. Aus der Nomos-Reihe Staatsverständnisse bespricht Maximilian Pichl „Der Nomos der Moderne“ – ein Sammelband zu den Arbeiten Giorgio Agambens. Die Beiträge schließen laut dem Rezensenten zwar an zentrale Theoreme Agambens an, hinterfragen diese jedoch auch kritisch und zeigen Leerstellen auf. Warum Wirtschaft mehr ist als Mathematik, zeigt Patrick Schreiner zufolge Tomáš Sedláček in „Die Ökonomie von Gut und Böse“. Sedláčeks Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften sei allerdings nicht aus einer linken Perspektive verfasst und dementsprechend fehle eine Kritik des Neoliberalismus. Friedrich Engels Analysen zum Staat widmet sich eine weitere Publikation in der Reihe

Staatsverständnisse, der es Rezensent Philippe Kellermann zufolge jedoch an einer umfassenden historischen Kontextualisierung mangelt.

Frühlingseuphorie

Tahar Ben Jelloun
Arabischer Frühling
Vom Wiedererlangen der arabischen Würde

Mit einer Mischung aus der Schilderung der Ereignisse und Novelle gelingt es dem Autor, die Wut und Entschlossenheit der Revoltierenden nachzuempfinden. Doch kombiniert er dies mit bizarren Forderungen.

Rezensiert von Andrea Strübe

> *„Niemand kann heute wissen, was aus diesen Aufständen entstehen wird. Es wird Irrtümer, Versuche, vielleicht auch Unrecht geben, doch eines ist sicher: Nie wieder wird ein Diktator die Würde des arabischen Menschen mit Füßen treten können.“ (S. 91)*

Das *heute*, von dem Tahar Ben Jelloun in seinem Buch „Arabischer Frühling“ spricht, liegt mittlerweile anderthalb Jahre zurück. Die Ereignisse, von denen er berichtet, die vorangegangenen Monate, die er reflektiert, sind noch frisch im Gedächtnis. Mittlerweile nehmen die Nachwirkungen der Revolutionen in Tunesien, Ägypten, Kuwait, Libyen et cetera im Gegensatz zu den andauernden Kämpfen in Syrien nur noch wenig Raum ein. Sich ein Bild zu machen von dem, was aktuell in den Ländern des Arabischen Frühlings politisch geschieht, bedarf schon einer gezielten Auseinandersetzung, denn das öffentliche Interesse schrumpft, beziehungsweise hat sich auf die Lage in Syrien, „Islamisierung“ und „Probleme“ der Demokratisierung verlagert.

Doch ist auch klar, dass das Bild, das „wir“ uns während der Revolutionen machen konnten, häufig bereits gefiltert war. Die „arabische Welt“ begehrt auf gegen die Despoten, die ihr „Volk“ meist über Jahrzehnte unterjocht hat. „Der Westen“ wurde bei der Außensicht meist nur als stolzes Vorbild in Stellung

gebracht, an dem sich die vorwiegend jungen Menschen orientierten. Doch bei genauerem Hinsehen – so Ben Jelloun – sind Europa und die USA mitverantwortlich für die Ausdauer der Regime. Leider neigt Ben Jelloun zur Homogenisierung. So werden „Westen“, „arabische Welt“ oder „arabische Völker“ als quasi einheitliche kulturelle Gebilde in Beziehung gesetzt und notwendige Differenzierungen nicht vorgenommen.

Ein gelungenes Korrektiv?

Ben Jelloun gelingt es immer wieder, die Verantwortung nicht nur europäischer Staatschefs zu betonen, die zumindest indirekt zur Legitimation der Regime in Tunesien und Ägypten beigetragen hätten (Diese beiden Staaten stehen im besonderen Fokus, denn im März 2011, als er dieses Buch verfasste, waren Ben Ali und Mubarak bereits gestürzt, der Ausgang der Revolution in anderen Ländern ungewiss). Gründe dafür seien zum einen, dass sie dachten, Mubarak und Ben Ali seien „Bollwerke gegen die Errichtung islamischer Republiken nach dem iranischen Muster“ (S. 24), eine Annahme die Ben Jelloun entschieden zurückweist, da der im Übrigen *sunnitische* „Islamismus“ in diesen Gesellschaften nur eine Strömung unter vielen sei. Im Gegenteil sei diese Bewegung als Niederlage des „Islamismus“ zu werten, denn die „islamistischen Aktivisten wurden vom Ausmaß der Proteste überrumpelt und waren größtenteils nicht vertreten“ (S. 11). Mehrfach entkräftet der Autor auch die These, die Muslimbruderschaft sei eine Gefahr für die Region, denn sie sei weder wichtig noch anerkannt genug: „Man kann sie weder ignorieren, noch sollte man ihr zu viel Bedeutung zumessen.“ (S. 55) Und so haben die europäischen Staaten wohlwollend zugesehen, wie nicht nur Ben Ali und Gaddafi sich „ihre“ Staaten wie Besitz aneigneten und mit dem Argument, die „islamistische Gefahr“ (S. 33) zu bekämpfen, Terror und Repression gegen alle legitimierten.

Ein zweiter Grund für das stille Einverständnis mit der Politik der Diktatoren, so macht der Autor deutlich, ist ökonomisch begründet. Besonders im Fall Libyen war das Interesse am Handel, vor allem mit Öl, dem an Menschenrechten vorgelagert. Ben Jelloun klagt die Vertreter westlicher Regierungen an, nicht, oder nicht früh genug in die Menschenrechtslage verschiedener Staaten eingegriffen zu haben, beispielsweise, indem andere Bedingungen an die Geschäfte geknüpft wurden. Doch dabei bleibt es nicht.

Selbst eine militärische Intervention wird von Ben Jelloun befürwortet, er beschwert sich sogar, dass die Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates vom 17. März 2011, die ein militärisches Eingreifen in Libyen ermöglichte, zu zögerlich verabschiedet worden sei. Ein Grund hierfür sei der Druck Saudi-Arabiens auf die USA und die Arabische Liga gewesen, weil es den Aufstand aufhalten wollte. Druckmittel – so die Vermutung – wird die Geschäftsbeziehung zwischen den Staaten gewesen sein.

Zwar lässt die Perspektive Ben Jellouns eine andere Sicht auf die Rolle Europas und der USA in Nordafrika zu, insofern, dass diese überhaupt in die Kritik genommen werden. Hegemoniale Positionen können mit diesem Buch ein wenig zurecht gerückt werden, vor allem was die geschürte Angst vor dem „Islamismus“ betrifft. Doch von Europa und Co eine (militärische) Intervention zu fordern, ist mehr als problematisch. Zum Einen führt eine solche, als „humanitär“ markierte Intervention ebenfalls zu Krieg, zum Anderen fordert Ben Jelloun damit vom „Westen“ genau das ein, was er eigentlich anklagt: Dominanz.

Von der Zeit überholt?

Neben Berichten und Darstellungen der sich umwälzenden Verhältnisse in den einzelnen Ländern finden sich in dem Buch auch Einschätzungen über die zukünftigen Verläufe der Revolution. An diesen Stellen ist das Buch leider von der Zeit überholt, doch es ist spannend, Ben Jellouns Einschätzungen mit der Realität abzugleichen. Zwar sind diese Visionen kurz gehalten, doch die Frage, welche Regime sich mit allen Mitteln an die Macht krallen werden, beantwortet er treffend. Die Besonderheiten für Algerien und Syrien beispielsweise sieht er in der Rolle des Militärs, die sich nicht, wie im Falle Ägyptens, auf die Seite der Protestierenden stellen werden – auch wenn dies sicherlich nicht aus „Volksnähe“ geschah. Doch diese Differenzierung nimmt der Autor nicht vor.

Die Euphorie, die in Ben Jellouns Ausführungen mitschwingt und die Nähe, die er zu Personen aufbaut, um ihre Situation vor und während der Revolution nachzuvollziehen, führen die Lesenden wieder ganz nah an die Ereignisse des Frühlings 2011. Er geht dabei nicht bloß dokumentarisch vor, sondern mischt seine Berichte zu aktuellen und historischen Ereignissen mit Erzählungen rund

um die Revolution, die im Stil einer Novelle verfasst sind. Allein zwei Kapitel widmet er dem „Funken“, dem Auslöser, dem jungen Mann Mohamed Bouazizi, der sich am 27.12.2010 vor einem öffentlichen Gebäude in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid selbst anzündete. Ihm war der Obst- und Gemüsekarren, mit dem er sein Geld zu verdienen versuchte, von PolizistInnen abgenommen worden, weil er nicht bereit war, diese zu schmieren. Die Wut, die ihn zu diesem radikalen Schritt führte, war jene, die in vielen Tunesier_innen gebrodelt hatte und die sich nun Bahn brach. Am 27.12.2010 kam es zur ersten Demonstration in Sidi Bouzid, hier begann die Jasminrevolution. Knapp drei Wochen später war Ben Ali gestürzt und der Protest verbreitete sich über die Region. Allein in Algerien hatte die Selbstentzündung an öffentlichen Plätzen über zwanzig Nachahmer_innen gefunden, auch während der zahlreichen Demonstrationen fielen tausende Menschen der Polizei- und Militärgewalt zum Opfer. Einige davon würdigt Ben Jelloun namentlich. Durch diese Empathie gelingt es ihm, auf soziale Missstände zwischen Armut und Ohnmacht einerseits und Aufbegehren andererseits hinzuweisen. Einzelne Personen werden so zu Symbolen einer Zeit des Umbruchs. Die Entschlossenheit der Menschen, die Kreativität und Improvisationsfähigkeit sind es, die Ben Jelloun begeistern. Außerdem sei die Revolution keine ideologische gewesen, habe keine Führer vorgezeigt und keine Schuldgefühle an den Rest der Welt ausgeteilt. Das sei es, was den revoltierenden Menschen ihre Würde zurückbrachte.

Zwar ist die im Buch hergestellte Nähe sehr ergreifend und mancher Perspektivwechsel für hegemoniale Positionen eine erforderliche Justierung, doch bleibt insgesamt der Eindruck, dass Ben Jelloun eher aus eurozentristischer Perspektive argumentiert, allein seine Kriegsbefürwortung spricht dafür. Für linke Perspektiven ist hier leider nicht viel zu gewinnen – außer, wie man es vielleicht nicht machen sollte.

Tahar Ben Jelloun 2012:
Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde.
Bloomsbury Verlag, Berlin.
ISBN: 9783827010483.
128 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Frühlingseuphorie. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/LQxpP.

Was wir nicht sehen – der Widerstand im Alltäglichen

Asef Bayat
Leben als Politik
Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern

Asef Bayat analysiert die Alltagshandlungen von strukturell marginalisierten Menschen in den urbanen Zentren des Nahen Ostens und fragt nach dem gesellschaftlichen Veränderungspotential, welches diesen Handlungen innewohnt.

Rezensiert von Philipp Jedamzik

Der sogenannte Arabische Frühling, also die Verdichtung von Revolten und Erhebungen in der jüngeren Zeit, haben eine weltweite Resonanz erfahren. Medien und wissenschaftliche Publikationen haben seit Beginn der Veränderungen im nahöstlichen Raum versucht zu erklären, was die Ursachen für gesellschaftlichen Unmut waren (und sind). Der Fokus lag dabei jedoch meist auf den revolutionären Erhebungen als solche, unter Führung von organisierten Oppositionsgruppierungen wie etwa die Bewegung des 6. April in Ägypten. Gegen solch einen begrenzten Blick wendet sich Asef Bayat in seinem bereits 2010 erschienenen Buch „Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Ostern verändern“. Grundsätzlich versucht Bayat zu beschreiben, wie die alltäglichen Praktiken der urbanen Subalternen einen widerständigen Charakter besitzen und als Folge dessen auch das Potential zu einer gesellschaftlichen Veränderung von Unten haben.

Seit diesem Jahr ist das Buch auch in deutscher Übersetzung erhältlich. Zahlreiche Aufsätze des Autors aus früheren Jahren wurden mit neuen, eigens für das Buch konzipierten Kapiteln kombiniert. Das Buch kann zu einem

Perspektivwechsel beitragen, da es Bayat gelungen ist, trotz der Schwierigkeit, eine begriffliche Schärfe zu finden, unterschiedliche partikulare Phänomene sinnvoll für Außenstehende zu übersetzen und ihnen einen begrenzten Sinn zu geben. Ich versuche zu vermeiden, die entsprechenden Phänomene als arabisch zu bezeichnen. Wie der Autor verwende ich den Begriff des Nahen Osten. Letztere erlaubt eine weite transnationale Lesart, die es dem Autor ermöglichen, auch Phänomene im Iran, der Türkei oder Tunesien anzusprechen. Die Erhebungen im Nahen Osten weisen meiner Meinung nach einen transnationalen Charakter auf und auch Bayat geht auf die Bedeutung der iranischen grünen Revolte von 2009 für die aktuellen Entwicklungen ein. Zur Beschreibung seiner Beobachtungen stützt sich Bayat immer wieder auf die Situation in der iranischen Gesellschaft, welche er bereits in früheren Werken analysiert hat.

Wider der westlichen Deutungsmuster

In seinem Werk wendet sich der Autor gegen eine zu enge Fokussierung, wonach nur organisierter Widerstand den alten Regimen Einhalt gebieten könne. Agency, also die subjektive Macht die Dinge zu verändern, spricht er auch ganz anderen zu. Er widersetzt sich einem westlichen Narrativ, das, geprägt von einem neuerlichen Orientalismus, die Gesellschaften des Nahen Osten entweder als unfähig zur Demokratie betrachtet, oder aber die Revolten homogenisiert. Bayat entkräftet nicht zwangsläufig die These, dass ein Kampf zwischen islamisch-radikalen und säkularen Kräften stattfände. Aber die nahöstlichen Gesellschaften sind eben heterogen und Dissens ist nicht nur bei Gewerkschaften, Jugendverbänden oder Islamist_innen zu finden. Wie der Titel des Buches schon ankündigt, interessieren Bayat Unorganisierte und Marginalisierte - städtische Arme, urbane Frauen und die Jugend in den Städten, wenn es darum geht, widerständige Praxen aufzuzeigen. Für ihn sind sie alle Teil einer urbanen Subalterne in postkolonialen Gesellschaften: Menschen die überhört werden und ohne große Handlungsmacht. Aber genau diese Macht will er ihnen zugestehen, indem er ihnen Gehör verschafft.

Aktivismus der Einzelnen

Das bisherige analytische Werkzeug, insbesondere der Sozialwissenschaften und Ethnologie, hält der Autor für ungenügend. Dieses Werkzeug lege nahe, dass sich sozialer Aktivismus nur in sozialen Bewegungen äußere. Ein Aktivismus, der die Kategorien der sozialen Bewegung (eine klar formulierte Forderung an die herrschende Klasse, die Möglichkeit der Organisation auf Demonstrationen oder in Vereinen sowie die öffentliche Bekundung einer Einheit der Gruppe) nicht erfülle, wird als solcher nur selten wahrgenommen. Organisierter Widerstand ist aber im Nahen Osten oft kaum möglich oder aber muss mit massiven Repressionen seitens der Staatsmacht rechnen: Vereine werden verboten oder sind unterwandert, Versammlungen werden aufgelöst. Zudem zeige die historische Erfahrung, dass auch hierarchische Oppositionsgruppen oft nur Lippenbekenntnisse hinsichtlich basisnaher Demokratie pflegen. Die Menschen seien deshalb zumeist unorganisiert – Individuen, aber ihrer Millionen. Diese Menschen fasst Bayat unter dem Begriff der Nicht-Bewegung zusammen.

Die Nicht-Bewegung, das sind kollektive Individuen, die individuell alltägliche Praktiken vollführen. Sie tun dies in einer Atmosphäre des Zwangs – seien es Frauen, die sich gegen das herrschende Patriarchat zu Wehr setzen, oder städtische Arme und die abgehängte Mittelschicht, die sich gegen eine soziale Schieflage seit der neoliberalen Umgestaltung des Nahen Ostens und für ein besseres Leben einsetzen. Was sie gemein haben, ist, dass ihre Handlungen sich ähneln und massenweise durchgeführt werden. Der suspekte Charakter dieser Taten wird dabei von außen bestimmt: Da die autoritären Staaten nicht in der Lage oder willens sind, auf eine Befriedigung zuzuarbeiten, wird aus der alltäglichen Handlung eine Form von Widerstand. Die Nicht-Bewegung birgt dadurch das Potential eines flächendeckenden Aufstands. Alleine jedoch haben die Angehörigen von Nicht-Bewegungen nur eine begrenzte Wirkungsmacht. Weder sind sie in der Lage, rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern, noch wirklich eine Deutungshoheit in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu gewinnen. Dies kann erst gelingen, wenn sich tatsächliche soziale Bewegungen den Nicht-Bewegungen anschließen.

Die Möglichkeiten der Machtlosen

Seine detaillierten Beobachtungen und Begriffsdefinitionen verknüpft Bayat mit einer Abgrenzung zu herrschenden Diskursen: Er wendet sich nicht grundsätzlich gegen sie; versucht aber, die analytische Perspektive weiterzuentwickeln und und von ihrem Eurozentrismus zu lösen: So wendet er sich gegen eine nahtlose Übernahme foucaultscher Machttheorie, wonach Macht die Beziehung zwischen den Subjekten prägt. Nach Bayat verdichtet sich Macht in autoritären Staaten in Form einer Allianz der herrschenden Klassen und staatlicher Institutionen. Die Unterdrückten stehen so einer konkreten Macht gegenüber. Ihnen wird per definitionem aber auch eine Angriffsfläche geboten und somit die Möglichkeit, hegemoniale Mächte im eigenen Land anzugreifen. Anzumerken bleibt hier, dass eine klarere Abgrenzung zu Foucault seitens Bayat wünschenswert gewesen wäre. Sein eigener Machtbegriff bleibt verschwommen, wenn er einerseits den Herrschenden verdichtete Macht zugesteht, andererseits aber anerkennt, dass der Staat nicht umfassend jede_n Einzelne_n beherrschen und disziplinieren kann.

Im Buch wird zwar der Klassenbegriff aus der marxistischen Theorie übernommen, gleichzeitig jedoch explizit kritisiert, da auch Marxist_innen versagt hätten, weil sie den verschiedenen Subalternen keine Handlungsmacht zugestehen. Der Autor wendet sich hier explizit gegen Negri und Hardts Ansatz der Multitude. Letztere sprechen von einem gemeinsamen Handeln singulärer Individuen. Wie aber die Individuen zusammenkommen, sei nicht zu erkennen, so Bayat. Für ihn dagegen ist besonders das äußere Bedrohungsszenario entscheidend für kollektives Handeln. Zudem haben die Menschen oft keine Möglichkeit des institutionalisierten Austausches für eine mögliche Identitäts- und Solidaritätsbildung. Beides geschieht im öffentlichen Raum, einem Ort, den die Einzelnen durch ihre Nichtzugehörigkeit zu aktiv handelnden Kollektiven für sich gewinnen können.

Bayat sieht sich eher in der Tradition von James Scott und dessen Beschreibungen, wonach sich die Landbevölkerung im globalen Süden, insbesondere in Südostasien, der Staatsmacht widersetzt, indem sie sich dem Herrschaftsbereich von letzterer entzieht.

Präsenz zeigen, Räume erobern

Wie aber gelingt es den Subalternen, beziehungsweise den Nicht-Bewegungen, die Herrschaftsverhältnisse erfolgreich herauszufordern? Was ist die konkrete Strategie für eine langfristige Veränderung? Und wo liegen ihre Grenzen?

Bayat gelingt es, die verschiedenen Formen von Handlungen unter dem Begriff des „stillen Vordringen des Alltäglichen“ zusammenzufassen. Die Subalternen nutzen demzufolge öffentliche Räume, die ihnen die Staatsmacht für eine passive Nutzung unter ihrer Regie zugestanden hat, um eigenmächtig und aktiv die eigenen Bedürfnisse durchzusetzen. Anders als bei Scott weichen sie nicht der Macht aus, sondern dringen in Räume vor, die ihnen nicht zugedacht waren. Sie stellen so das Herrschaftsmonopol des Staates infrage – die Verbesserung des eigenen Lebens gelingt nicht auf Kosten der anderen Unterdrückten, sondern auf Kosten der Herrschenden.

Das alles gelingt ihnen durch ihr massenhaftes Auftreten. Dabei verfolgen die Menschen oft eine Strategie der Abnutzung – der rechtliche Rahmen mag sich zwar nicht verändern, aber durch das kollektive Verletzen der Regeln wird die Macht gezwungen, die Eroberung des Raumes durch die Subalternen zu akzeptieren. Sollte der Staat aber doch mit Repression reagieren, weichen die Schwachen zurück – nur um später zurückzukehren. Polizeirazzien werden so langfristig ihrer Wirkungsmacht beraubt. Oder aber die Schwachen verbünden sich mit organisierten Gruppen und eine tatsächliche Erhebung kann beginnen. Im Gegensatz zu diesen institutionalisierten Gruppen ist die Wirkung der subalternen Menschen zwar begrenzt, aber letztere besitzen im Gegenzug einen flexibleren Charakter. Als Beispiele führt Bayat hier unter anderem die Stadtmigrant_innen an, die illegal Siedlungen errichten, Straßenhändler_innen, die unautorisiert Straßen besetzen und bei staatlichen Übergriffen in Seitengassen zurückweichen, oder Jugendliche, die versuchen ihre Individualität gegen eine bevormundende Moralpolitik des Staates durchzusetzen.

Geographien des Dissens

Eine besondere Aufmerksamkeit schenkt Bayat der Örtlichkeit von gesellschaftlichen Erhebungen. Für eine effektive Analyse fordert er:

> *„Man sollte daher nicht nur über die Gründe für Revolutionen nachdenken, darüber, wer an ihnen teilnimmt und wie die Ereignisse sich entwickeln, sondern auch darüber, wo sie stattfinden. Man muss genauer fragen, warum manche Räume/ Orte, wie etwa die Straßen der Stadt, mehr als andere zur Bühne für Handlungen und Äußerungen öffentlicher Unzufriedenheit werden.“ (S.197)*

Nicht umsonst kreist Bayat seine Analyse auf den städtischen Raum ein. Die Erhebungen im arabischen Raum oder auch die iranische grüne Bewegung waren allesamt urbane Phänomene. Hier ist die Staatsmacht besonders präsent, hier sind aber auch gesellschaftliche Konflikte offenkundig. Immer mehr Menschen zieht es in die Städte und sie alle suchen ihr „Recht auf Stadt“ zu verwirklichen. Auch die Nicht-Bewegungen sind städtische Erscheinungen, da nur in ihr Vielfältigkeit und Individualität möglich ist. Wie bereits angeklungen, wählt Bayat als ganz konkreten Ort von Aushandlungsprozessen „die Straße“ – alle Bewohner_innen haben ohne weiteres einen Zugang zu ihr, fremde Individuen können hier Solidaritäten bilden, und politische (Nicht-)Bewegungen können hier die Machthaber herausfordern. Mit den Worten Bayats: Sie praktizieren Straßenpolitik. Straßenpolitik fordert die Staatsmacht heraus, da das Private und Suspekte öffentlich gemacht wird. Oppositionelles Gedankengut mag auch im Privaten diskutiert werden – wird es aber in der Öffentlichkeit artikuliert, werden Menschen jenseits der eigenen Gruppe erreicht.

Postislamisch

Gegen die Angst des Westens vor einem islamistischen Erstarken versucht Bayat ein Bild zu zeichnen, nach dem der Islam nicht nur mobilisierender Faktor ist, sondern auch das Objekt von Aushandlungen. Für Bayat sind die Mehrzahl der Aktivist_innen in (Nicht-)Bewegungen Anhänger_innen des Islams. Dieser ist für sie Teil einer Alltagskultur und somit auch der Gesellschaft. Aus den Erfahrungen des institutionalisierten Islamismus wollen diese Aktivist_innen Moderne und Islam miteinander versöhnen – Freiheit und Menschenrechte auch in einer islamisch geprägten Gesellschaft verwirklichen. Bayat belegt dies glaubhaft; gleichzeitig verschweigt er aber die erstarkende Macht undemokratisch-religiöser Gruppierungen in einigen postrevolutionären Gesellschaften.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Asef Bayats Buch einen wertvollen Beitrag für das Verständnis des sogenannten Arabischen Frühling und sozialen Aktivismus im Allgemeinen darstellt. Es durchbricht Grenzen des Denkens, indem es bereits existierende Theorieansätze fortführt und gegen ein existentialistisches Bild der Erhebungen im Nahen Osten antritt. Schade ist dabei aber, dass die deutsche Übersetzung nicht identisch mit dem englischen Original ist und Teile dessen nicht übersetzt wurden. Durch die Konzeption des Buches als Zusammenführung einiger früherer Essays des Autors wiederholen sich zudem die wichtigsten Argumente: Das ist gut gemeint und hilft einerseits Bayats Thesen begreiflich zu machen. Andererseits verliert das Buch so nach einigem Lesen an Spannung. Fakt bleibt aber, wie eingangs erläutert, dass das Buch ein Gewinn für die Analyse des sogenannten Arabischen Frühlings darstellt. Mit dem Fokus auf Nicht-Bewegungen und dem stillen Vordringen wird den urbanen Subalternen Handlungsmacht in einem begrenzten Rahmen zugestanden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ohne Bayats genauen Beobachtungen bliebe dies verschwiegen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Hardt, Michael/ Negri, Antonio 2004: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Campus Verlag, München

Scott, James C. 1985: Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance. Yale UP, New Haven und London

Asef Bayat 2012:
Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern.
Assoziation A, Berlin.
ISBN: 978-3-86241-417-8.
256 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Philipp Jedamzik: Was wir nicht sehen – der Widerstand im Alltäglichen. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/JHevi.

Differenzen und Gemeinsamkeiten der arabischen Revolutionen

Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hg.)
Die arabische Revolution

Der Sammelband „Die arabische Revolution" von Nordhausen und Schmid umfasst Beiträge zu Protesten in dreizehn Ländern Nord-Afrikas und des Nahen Ostens.

Rezensiert von Sara Madjlessi-Roudi

Der Sammelband „Die arabische Revolution“, herausgegeben von zwei Journalisten der *Berliner Zeitung*, Frank Nordhausen und Thomas Schmid, gibt einen Überblick über die politischen Ereignisse in den Ländern der „arabischen Welt“. Die Herausgeber fassen damit eine Reihe von Ländern zusammen, deren wirtschaftliche, kulturelle und politische Unterschiedlichkeit zwar immer wieder betont wird, die jedoch vereinheitlicht von anderen „Welten" abgegrenzt werden.

Im Autor_innenkreis des Sammelbandes finden sich Journalist_innen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und des *Spiegel* sowie Wissenschaftler_innen verschiedener Forschungseinrichtungen, die sich alle in ihrer bisherigen Tätigkeit regional mit Ländern Nordafrikas auseinandergesetzt haben. In einem lockeren Sprachstil skizzieren die Autor_innen den Protest in den jeweiligen Ländern.

Differenzen der „arabischen Welt“

Kontextualisiert werden die einzelnen Beiträge durch eine Einordnung in die jeweiligen historischen Entwicklungen. Die Rolle „westlicher Mächte“ wird dabei stellenweise miteinbezogen, begrenzt sich jedoch leider mehrheitlich auf Beziehungen der USA zu den jeweiligen Regimen. Die Rolle Deutschlands am Machterhalt wird weniger thematisiert. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Analysen in ihrer Schwerpunktsetzung voneinander, was sicherlich auch den unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den untersuchten Ländern geschuldet ist. So hebt im Falle Jordaniens Heiko Flottau beispielsweise die besondere Bedeutung geflohener Palästinenser_innen für die politischem Entwicklungen des Landes hervor. Als wichtige Akteure des Protests im arabischen Frühling werden mehrheitlich Bürger „der Mittelschicht“ benannt. Die Partizipation von Arbeiter_innen wird ausgeblendet – ihre sozialen Kämpfe somit nicht sichtbar gemacht. Als Ursache des Protests in den Ländern werden mangelhafte Bürgerrechte und hohe Arbeitslosigkeit genannt. Zudem, schreiben die Herausgeber im Vorwort,

> *„(...) taucht bei allen Protesten immer wieder ein Wort auf: Würde. Es geht der rebellischen Jugend letztlich darum, als mündige Bürger ein Leben in Würde zu führen – ohne permanente Gängelung, ohne Verbeugung und Bakschisch, ohne Angst vor Polizeiwillkür und Folter." (S.11)*

Bürgerrechte werden als wichtiges Motiv des Protests hervorgehoben. Die Autor_innen skizzieren auch Länder, in denen zwar Proteste gegen die Machthaber stattfanden, diese jedoch nicht in revolutionäre Umwälzungen mündeten. Dabei werden hierfür unterschiedliche Ursachen benannt. So wird beispielsweise im Falle Marokkos durch Marc Dugge festgestellt, dass die Voraussetzungen für eine Revolution nicht gegeben gewesen wären, da König Mohammad VI. nicht als Feindbild Ziel des Protest wurde. Vielmehr konnte dieser durch die Durchführung von Reformen gestärkt aus den Protesten hervorgehen. Im Falle Algeriens sieht Helmut Dietrich die mangelhafte Unterstützung durch Gewerkschaften und politische Opposition als Ursache des Scheiterns einer Revolution. Für Saudi Arabien stellt Henner Fürtig fest, dass König Abdullah aufgrund von persönlicher Glaubwürdigkeit und Reformbereitschaft und einem geringeren Veränderungsdruck innerhalb der Bevölkerung an der Macht bleiben konnte.

Deutschland als Vorbild?

Ein näherer Blick soll nun auf den Beitrag Frank Nordhausens zu den Protesten in Ägypten gelegt werden. In seinem Beitrag widmet er sich zunächst dem Verlauf der revolutionären Ereignisse vom 15. Januar bis zum 11. Februar 2011. Dabei hebt er die Rolle von Social Media Plattformen wie Facebook oder Twitter hervor, denen sich ein großer Teil der jungen Bevölkerung Ägyptens bediente. So seien staatliche Behörden und Polizei überrascht gewesen, „wie online umschlagen kann in offline“ (S. 39). Nordhausen skizziert in seinem Beitrag die wichtige Rolle des Militärs im Rahmen der Revolution und geht auf die geostrategische Bedeutsamkeit des Landes ein. Er stellt fest, dass im Rahmen der Revolution erstmals „schüchterne“ und „traditionell“ gekleidete Frauen, ihre „Scheu“ (S. 49) überwunden haben, sich öffentlich politisch zu äußern.

Nordhausen knüpft damit an bestehende Diskurse an, die muslimisch geprägte Ländern als rückschrittlich in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit konstruieren. Dabei stellt die ägyptische Revolution einen Generationenkonflikt zwischen traditioneller und moderner arabischer Gesellschaft dar (S. 54). Nachdem Nordhausen auf den Verlauf der Ereignisse eingeht, erläutert er abschließend erste Entwicklungen nach dem Sturz Mubaraks.

Nordhausen bewertet die Entwicklungen in Ägypten als positiv und ordnet die Bewegungen einer demokratischen Zivilgesellschaft zu. Gegner der Bewegungen werden als rückschrittlich und vormodern dargestellt. Im Rahmen des Artikels finden sich immer wieder Vergleiche des Regimes Mubaraks mit der ehemaligen DDR, die auf den ersten Blick irritierend wirken. Nordhausen benennt Parallelen der Revolution Ägyptens mit dem Mauerfall Berlins. Zu Beginn des Artikels schreibt er:

> *„Das alles erinnert an den historischen Tag vor 21 Jahren, als eine Millionen Menschen sich auf dem Berliner Alexanderplatz versammelten, um das SED-Regime durch ihre schiere Masse hinwegzufegen (...) ‚Wir sind das Volk‘ und – genau wie damals in Leipzig oder Ost-Berlin –: ‚Keine Gewalt‘!“(S. 49)*

Im weiteren Verlauf wird Nordhausen noch deutlicher, indem er politische Zusammenhänge herstellt:

> *„Nach dem Vorbild der DDR-Revolutionäre stürmen Bürger im ganzen Land am 6. März die Zentralen des Staatssicherheitsdienstes Amn al-Dawla (...): Den Oppositionellen gelingt es, wie ihren Vorgängern in Ost-Berlin, Leipzig oder Erfurt, zahlreiche Akten vor der Vernichtung zu bewahren.“ (S. 59)*

Nordhausen stellt somit die politischen Entwicklungen der Bundesrepublik als Vorbild demokratischer Entwicklungen dar, denen Ägyptens Zivilgesellschaft nun folgt. Indem er die revolutionären Entwicklungen euphorisch feiert, spricht er sich gleichzeitig positiv für Deutschland aus. Zudem führen entsprechende Vergleiche zur einer Entkontextualisierung entsprechender Bewegungen. So werden soziale Rechte ausgeklammert, die im Rahmen der revolutionären Umwälzungen Ägyptens eine wichtige Rolle spielten, in herrschenden Diskursen zum Fall der Berliner Mauer jedoch nicht hegemonial waren. Vielmehr wurden hier die Einforderungen von Bürgerrechten stark fokussiert.

Ähnliche Vergleiche der revolutionären Entwicklungen in Ländern Nordafrikas mit Deutschlands finden sich im Beitrag von Thomas Schmidt, der sich mit der „Jasminrevolution“ in Tunesien auseinandersetzt.

Deutsche Verantwortung

Insgesamt gibt der Sammelband einen guten Überblick über die politischen Entwicklungen während den Tagen der Revolutionen, wobei sich die Beiträge stark voneinander unterscheiden. Stellenweise sind die Beiträge sehr deskriptiv und wirken angesichts der jüngsten Entwicklungen in den jeweiligen Ländern nicht mehr ganz aktuell.

Positiv hervorzuheben ist, dass auch Länder behandelt werden, dessen Proteste in hegemonialen Auseinandersetzungen bisher wenig Beachtung fanden. Sie verdeutlichen dabei die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Länder. Die Konstruktion „der arabischen Welt“ bleibt dabei jedoch erhalten. Zu wenig Beachtung findet die Frage, ob Kontinuitätslinien zwischen den Protesten existieren, die über diese Idee hinausgehen. Die Rolle europäischer staatlicher Akteure, vor allem Deutschlands, am Machterhalt der Regime wird zu wenig beleuchtet, dafür plädieren einzelne Beiträge für eine europäische Verantwortung, am postrevolutionären Staatsaufbau mitzuwirken. So stellen

die Herausgeber gleich zu Beginn fest, dass Europa „Tunesien und Ägypten bei der gewaltigen Aufgabe“ helfen muss, „auch aus Eigeninteresse“, damit nicht „Islamisten“ und Populisten an die Macht kommen (S. 13). So wird explizit die Stärkung der Rolle Europas im politischen Weltgeschehen hervorgehoben. Kritisch hinterfragt wird sie nicht.

Frank Nordhausen, Thomas Schmid (Hg.) 2011:
Die arabische Revolution. 2. Auflage.
Ch. Links Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-86153-640-6.
224 Seiten. 16,90 Euro.

Zitathinweis: Sara Madjlessi-Roudi: Differenzen und Gemeinsamkeiten der arabischen Revolutionen. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/X5wWZ.

Revolutionsreportage

Juliane Schumacher, Gaby Osman
Tahrir und kein Zurück
Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution

Der Tahrir-Platz in Kairo wurde zu einem der Symbole des Arabischen Frühlings. Nun werden die Ereignisse der ägyptischen Revolution von einer – wie die AutorInnen es nennen – „linken Bewegungsperspektive“ aus untersucht.

Rezensiert von Sebastian Kalicha

Es ist verständlich, dass sich ob der epochalen und in dieser Form unerwarteten Veränderungen, die der Arabische Frühling über eine gesamte Region gebracht hat, zahlreiche Verlage auf dieses Thema stürzen und dazu publizieren. Manche versuchen „den“ Arabischen Frühling einzufangen und vereinen die diversen Länder und Schauplätze in ihren Publikationen. Manche widmen sich aber ganz spezifisch – und dadurch natürlich eingehender – einem speziellen Land. Juliane Schumacher und Gaby Osman taten dies mit Ägypten und untersuchen die dortige Revolution in ihrem Buch „Tahrir und kein Zurück“.

Die Revolution und das Militär

Das Buch ist in zwei Abschnitte unterteilt. Unter dem Titel „Was geschah“ wird versucht die Ereignisse der ägyptischen Revolution chronologisch wiederzugeben, ein weiterer widmet sich den diversen Akteuren – von Jugendbewegung bis Muslimbrüder. Zu Beginn versuchen die AutorInnen mit diversen „Mythen“ aufzuräumen, die um den revolutionären Prozess entstanden sind und sich teils hartnäckig halten. So wird hier in knappen Darstellungen dargelegt, dass die Revolution eine war, in der außenpolitische Themen (also auch der israelisch-palästinensische Konflikt) so gut wie keine

Rolle spielten; sie nicht gewaltfrei war; dass die Revolution im gesamten Land und nicht nur in Kairo stattfand; welche Rolle das Militär spielte und wer nun die Menschen waren, die diese Revolution initiierten und weiter trugen (zum Beispiel Mythos „Facebook-Jugend“). Diese Themen werden das gesamte Buch hindurch besprochen und sind sozusagen die „Überthemen“ der Publikation.

Ein großer Verdienst des Buches und ein Thema, das viel Platz einnimmt, ist die Analyse der Rolle des Militärs. Die AutorInnen untersuchen akkurat Strategien des Militärrats in unterschiedlichen Phasen der Revolution und zeigen auf, dass die häufig verbreitete Vorstellung, das Militär habe eigentlich auf der Seite der Protestierenden und der Revolution gestanden, nicht zutrifft und wohl nie zugetroffen hat. In Wirklichkeit wurde zwar Mubarak gestürzt, der Militärrat implementierte daraufhin aber nichts anderes als eine Militärdiktatur und zielte lediglich auf den eigenen Machterhalt. Die AutorInnen bringen das (und das ganze Dilemma einer „unvollständigen“ Revolution) sehr gut auf den Punkt, wenn sie schreiben: „Die Revolution fegte nicht das politische System hinweg, sondern nur dessen, wie sich im Nachhinein zeigte, schwächeren Teil.“ (S. 127) Mubaraks Diktatur musste gehen, die Diktatur der Militärs kam. Das Militär habe die Revolution lediglich dazu benutzt, „um seine eigenen Interessen durchzusetzen“ (ebd.). Nachdem es nach den ersten 18 Tagen Revolution zum Sturz Mubaraks kam, waren tatsächlich viele Menschen – ob in Ägypten oder im Ausland – davon überzeugt, dass das Militär auf der „richtigen“ Seite stehe und von dem genuinen Wunsch eines fundamentalen Systemwandels getrieben sei (das große Feindbild war hier die Polizei, nicht das Militär). In den Monaten danach wurde aber immer klarer, dass dem nicht so ist und das Militär setzte mit unheimlicher Brutalität die eigenen Machtinteressen gegen die (immer noch) revolutionär gestimmte Bevölkerung durch, als diese erkannte, welche Agenda der Militärrat verfolgt. Diesen Vorgang und die schleichende Erkenntnis, dass man die Revolution an neue, nicht minder repressive Machthaber wieder verlieren könnte, wird sehr gut geschildert. Dies ist eine der großen Stärken des Buches.

„Mythos“ Gewalt(freiheit)

Wenn die AutorInnen versuchen in einem knappen Absatz den „Mythos Gewaltfreiheit“ offenzulegen, kann man ihnen zustimmen, dass die ägyptische

Revolution sicher eine war, in der Gewalt eine Rolle spielte. Leider wird dieses Phänomen aber nur in einem sehr beschränkten Rahmen (in etwa: „Es gab Straßenschlachten, daher spielte Gewalt eine entscheidende Rolle.“) diskutiert, was doch eher oberflächlich scheint, nicht zuletzt deshalb, weil es genug Vergleichsmöglichkeiten für eine tiefer gehende Analyse gibt – Vergleichsmöglichkeiten, die trotz des Fokus auf Ägypten Sinn machen. Sieht man sich den Arabischen Frühling grenzüberschreitend an, so gab es viele unterschiedliche Facetten und Gesichtspunkte was die Gewaltfrage betrifft. Libyen und Syrien sind hier zwei Beispiele, die am gewalttätigsten in Form eines klar militärischen Konflikts ausgetragen werden – wobei Libyen mehr oder weniger von Anfang an ein militärischer Konflikt, Syrien sich hingegen von einer vorwiegend (in diesem Fall tatsächlich) gewaltfreien Massenbewegung sukzessive zu einem militärischen Konflikt entwickelte (womit auch der zivile Massenprotest, der zu Beginn den Widerstand in Syrien prägte, zunehmend verdrängt wurde).

Nehmen wir also Libyen und Syrien als die Beispiele, in denen der Arabische Frühling die Form eines militärischen Konflikts zwischen bewaffneten Parteien angenommen hat, so sind im Vergleich dazu Tunesien oder Ägypten mit Sicherheit *gewaltärmer* (nicht *gewaltfrei*, wobei es auch hier gewaltfreie Aspekte gab). Diese Nuance mag auf den ersten Blick marginal erscheinen, ist sie aber nicht. Es gibt nämlich einen entscheidenden und großen Unterschied zwischen Guerillakrieg, bewaffneten Kampf und Bürgerkrieg auf der einen und Straßenschlachten, wie sie in Tunesien und Ägypten zu beobachten waren, auf der anderen Seite. Diesen Unterschied in der Analyse zur Gewaltfrage nicht mit einzubeziehen und die Gewaltfrage in einem breiteren Kontext zu analysieren, sondern stattdessen lediglich von einem „Mythos Gewaltfreiheit“ zu schreiben, lässt leider viele elementare Punkte dieses Themenkomplexes unbehandelt.

Projektionen und Islam

Es ist kein Geheimnis, dass im Arabischen Frühling auch immer als „islamistisch“ bezeichnete Kräfte eine wichtige Rolle spielten – nicht zuletzt deshalb, weil sie in vielen arabischen Ländern oft eine der effektivsten und bestorganisierten Oppositionsgruppen gegen die diversen Diktaturen darstellten. Diktatoren wie Mubarak in Ägypten oder Ben Ali in Tunesien

unterdrückten diese Gruppierungen mit brachialer Gewalt, was vom „Westen“ stets wohlwollend geduldet oder gar insgeheim unterstützt wurde, schließlich ist seit 9/11 der schlimmste Diktator besser als „die Islamisten“ – egal, wie sich islamisch-religiöse Gruppierungen im konkreten Fall tatsächlich positionieren. Deshalb taten sich „westliche“ BeobachterInnen auch generell recht schwer, wenn es darum ging, die Rolle islamisch-religiöser Kräfte in den antidiktatorischen Bewegungen des Arabischen Frühlings einzuordnen und zu bewerten. Hier spielten „westliche“ Projektionen, die sich eine liberale, säkulare Opposition „gewünscht“ hätten, die im Grunde so ist „wie wir“, eine entscheidende Rolle. Dieser Aspekt wird auch von den AutorInnen erkannt und kritisch behandelt. Und wenn man sich mit Ägypten beschäftigt, kommt man natürlich an den Muslimbrüdern nicht vorbei.

Nachdem die AutorInnen im ersten Teil des Buches teilweise seitenlang aus Artikeln zitieren, die in Zeitschriften mit antideutscher Schlagseite wie *Jungle World* oder *iz3w* erschienen sind, sieht man bereits Schlimmes auf sich zukommen, wenn sich im zweiten Teil des Buches mit den AkteurInnen (also auch mit den „Islamisten“) beschäftigt wird. Glücklicherweise stellen sich diese Sorgen als nicht berechtigt heraus, denn die Abhandlung zu den diversen AkteurInnen ist fair, fundiert und differenziert. Phänomene der angesprochenen „westlichen“ Projektionen werden problematisiert, was das Ganze noch lesenswerter macht.

Wobei: Es gibt auch eine Passage, die in diesem Kontext etwas verwirrt, berücksichtigt man die zahlreichen anderen Ausführungen hierzu. Hier wird in auffallend schrillen Farben geschildert, wie plötzlich „die Islamisten da [sind]“ (S. 60), „Anhänger radikal-islamischer Salafisten-Gruppen“ (ebd.). Der Tahrir-Platz sei plötzlich „vollgepackt mit Männern mit dem Bart und dem weißen Gewand der Salafisten“ (ebd.) gewesen, weshalb die „jungen Aktivisten, bartlos“ (ebd.) mit großen Augen da gestanden hätten und es nicht mehr wagten, „sich zu ihrem Camp in der Mitte des Platzes durchzudrängeln“ (S. 61). Abschließend wird vermerkt: „[S]o schnell wie er kam, ist der Spuk [!] wieder vorbei.“ (S. 62) Wie soll man das verstehen? Obwohl die AutorInnen richtiger- und dankenswerterweise im Buch immer wieder betonen, dass die Einheit zwischen ganz unterschiedlichen Gruppen (männlich/weiblich, jung/alt, säkular/religiös, muslimisch/christlich, etc.) für den Charakter dieser Revolution so bestimmend war und wie erwähnt „westliche“ Projektionen

problematisiert werden, ist eine Demonstration unter verstärkter „islamistischer“ Beteiligung plötzlich trotzdem ein „Spuk“ (S. 62), bei dem man nur froh sein kann, wenn er wieder vorbei ist? Diese Passage verwirrt und steht tatsächlich etwas im Widerspruch zu im Buch formulierten Ansprüchen der Berichterstattung.

Revolutionsreportage mit guten Einblicken

Die Ausführungen im Buch sind zum Großteil im Reportagestil gehalten, was das Buch leicht und zügig lesbar macht. Ein Abschnitt mit Portraits junger Protestierender sowie ein eigener farbiger Bildteil macht das Buch zu einer abwechslungsreichen Lektüre. Dass das Buch aus einer erkennbar linken Perspektive geschrieben wurde und von dieser aus die Geschehnisse und AkteurInnen analysiert, ist eine gute Abwechslung zu den vielen anderen, oft aus einem bürgerlichen Umfeld stammenden Bücher zum Thema. Zudem findet man im Anhang eine Liste über den wirtschaftlichen Einfluss des Militärs, ein umfangreiches Glossar sowie eine Zeitleiste, die am 4. Mai 2012 endet (der Teil „Was geschah“ endet im Januar 2012). Genau das ist auch das nicht zu vermeidende Dilemma von Publikationen, die einen noch stattfindenden politischen Prozess analysieren. Sie verliert in der Regel ab dem Erscheinungsdatum rapide an Aktualität. So wird in „Tahrir und kein Zurück“ zum Beispiel noch darüber spekuliert, wer die Präsidentschaftswahlen warum gewinnen könnte. Das ist aber eine unvermeidbare Kehrseite des zu begrüßenden Ansinnens, mittels Büchern aktuelle politische Vorgänge zu begleiten und kann und soll somit auch nicht als Kritikpunkt angeführt werden, sondern lediglich als Randnotiz für interessierte LeserInnen gesagt sein. Die ausschlaggebende „Kernzeit“ der ägyptischen Revolution, die das Buch behandelt, wird jedoch lückenlos und fundiert wiedergegeben und analysiert.

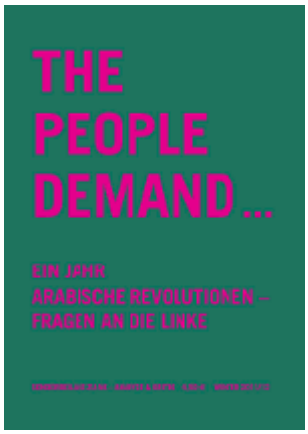
Summa summarum ist das Buch eine gelungene linke Analyse des Arabischen Frühlings am Beispiel Ägyptens, die auch viele der in den Mainstreammedien aufgenommenen und wiedergekäuten Falschmeldungen hinterfragt und widerlegt (besonders beeindruckend am Beispiel der vermeintlichen „religiösen Unruhen“ zwischen KoptInnen und MuslimInnen, die in Wirklichkeit vom Militär provoziert wurden). Diese eher selten zu findenden Analysen und Hintergrundinformationen, gepaart mit einer linken

Herangehensweise, machen das Buch zu einer wichtigen Ergänzung für alle, die differenziertere Informationen zur Revolution in Ägypten wünschen.

Juliane Schumacher, Gaby Osman 2011:
Tahrir und kein Zurück. Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-045-0.
260 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Kalicha: Revolutionsreportage. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/Skcjt.

„Wenn du geradeaus vorwärts stürmst...“ Nicht öffentlich



analyse & kritik (Hg.)
The people demand ...
ak-Sonderbeilage: Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke

Analyse und Kritik veröffentlicht mit der Sonderausgabe zum Arabischen Frühling eine spannende Sammlung an Erfahrungsberichten, Hintergrundanalysen und Diskussionsansätzen für die europäische Linke.

Rezensiert von Sibille Merz

Rund ein Jahr nach Beginn der Aufstände in Nordafrika und dem Mittleren Osten blickt die linke Monatszeitung *Analyse und Kritik* (ak) mit einer Neuveröffentlichung von Texten der letzten zwölf Monate sowie mit neu verfassten Artikeln kritisch auf die Ereignisse zurück. Ziel der Redaktion sei es auf der einen Seite, den Informationsbedarf über die Entwicklungen in der Region zu decken und, auf der anderen Seite, die Auseinandersetzung mit den Bewegungen in der arabischen Welt zu fördern, um eine Diskussion über die politischen Konsequenzen für die internationalistische Linke in Europa zu eröffnen. In fünf Kapiteln (Drei Einleitungen, Rückblick, Hintergrund, Diskussion und Solidarität) finden sich interessante Einblicke und Perspektiven von Autor*innen unterschiedlicher Hintergründe und politischer Positionen. Dabei besticht die Sonderausgabe vor allem durch persönliche Erfahrungsberichte von mehrheitlich europäischen Aktivist*innen sowie durch vielschichtige Perspektiven auf die Ereignisse jenseits der Fokussierung auf den Tahrir Platz. Einzige Leerstelle der Ausgabe ist allerdings die Abwesenheit von Stimmen beteiligter Aktivist*innen aus der Region selbst, mit Ausnahme

zweier Interviews, sowie von Berichten über Länder wie dem Jemen, Bahrain, Saudi-Arabien, Jordanien oder Palästina, die auch in der hegemonialen Berichterstattung kaum Erwähnung finden. Dennoch stellt die Ausgabe eine spannende Lektüre dar, die zum Weiterdenken und -diskutieren anregt.

Eigene Orientalismen reflektieren

Eröffnet wird „The People Demand“ mit drei Artikeln aus dem letzten Jahr, die den Blick auf die darauffolgenden Texte schärfen und homogenisierenden Darstellungen der Entwicklungen in der Region vorbeugen sollen. Katharina Lenner warnt in ihrem Text „Bilder einer Revolution“ vor pauschalisierenden Bewertungen der Ereignisse, vor allem in Form der häufig formulierten Angst vor einem Erstarken der islamistischen Bewegungen, und entlarvt die Berichterstattungen ihrer orientalistischen Motive. Sie plädiert für eine differenzierte, historisch sensible Analyse politischer und sozio-ökonomischer Kontexte sowie die kritische Auseinandersetzung mit eigenen stereotypisierenden Bildern, um nicht erneut „den alten Orientalismen aufzusitzen“ (S. 11). Diese Mahnung scheint nicht nur in Bezug auf die mediale Berichterstattung angebracht, sondern auch für hiesige linke Diskussionen relevant, in denen nicht selten (anti-muslimische) Klischees über die Rolle der Frauen, Religion und islamistische Bewegungen reproduziert oder die Proteste vorschnell als antikapitalistische Revolutionen fehlinterpretiert werden. Lenner stellt den darauffolgenden Beiträgen somit eine wichtige Aufforderung zu mehr Selbstreflexivität und Differenzierung voran.

Auch Helmut Dietrich argumentiert in seinem Beitrag, den im Zuge der Aufstände neu besetzten Begriff der „arabischen Straße“ von westlichen Modellen sozialer Bewegungen abzugrenzen und den Ursprung der massenhaften Proteste in den diversifizierten Alltagspraktiken der „Armen“ zu suchen. Was der Soziologe Asef Bayat als „quiet encroachment“ bezeichnet, das unterschwellige Vordringen der Marginalisierten in den öffentlichen Raum durch „kollektive(...) Aktionen nicht-kollektiver Akteure” (Bayat 2012) wie das Anzapfen von Stromleitungen, das Besetzen von leer stehendem Wohnraum oder das Betreiben eines nicht-genehmigten Straßenmarkts, sieht auch Dietrich als stillen Wegbereiter der urbanen Aufstände vor allem in

Ägypten und Tunesien; ein Aspekt, der in den meisten Auseinandersetzungen mit den Aufständen bisher kaum thematisiert wurde.

Eindrücke, Erfahrungen, Perspektiven

Der zweite Teil der Ausgabe enthält vor allem persönliche Erfahrungsberichte von Aktivist*innen und internationalen Beobachter*innen. So analysiert die ägyptische Feministin und Politikwissenschaftlerin Hoda Salah die Rolle der Frauen im ägyptischen Aufstand und stellt heraus, dass die aktuelle Situation auf dem Tahrir Platz zwar durchaus auf eine tiefgreifende Veränderung der Geschlechterverhältnisse hindeute, es jedoch vor allem darauf ankäme, wie nachhaltig diese Veränderungen seien. Frauen, so Salah, spielten schon immer eine bedeutende Rolle in den Revolten und Dekolonisierungskämpfen in der Region, die entscheidende Frage sei jedoch, was *danach* passiere. In den meisten Fällen sahen sich die Frauen nach den Revolutionen wieder von führenden Positionen und wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen. Frauenrechte und die Enttabuisierung von Homosexualität müssen also auch im post-revolutionären Ägypten ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Weniger zögerlich blickt Hassan Saber, ägyptischer Aktivist im oppositionellen Bündnis „Kifaja“ („Es reicht!“), welches bereits seit 2004 Demonstrationen und Proteste gegen das Regime organisierte und als ein wesentlicher Vorläufer der aktuellen Revolte gilt, auf die kommenden politischen Umwälzungen:

> *„Es gibt ein arabisches Sprichwort, das besagt: ‚Wenn du geradeaus vorwärts stürmst, wirst du deinen Gegner verwirren‘. Der Gegner erwartet, dass du abwartest, dich vorsichtig bewegst. Wir dürfen den Gegnern echter demokratischer Veränderungen diesen Gefallen nicht tun.“ (S. 21)*

Als Gewerkschafter und Aktivist betont Saber vor allem die Notwendigkeit, unabhängige Gewerkschaften und Parteien zu gründen, da die einzige linke Partei Ägyptens längst vom Regime kooptiert wurde und die offiziellen Gewerkschaften im Dienst der herrschenden Klasse stünden. Trotz der Abwesenheit einer organisierten, unabhängigen Arbeiter*innenbewegung hebt er die tragende Rolle der zunehmenden Streiks und Arbeiter*innenproteste hervor, welche letztendlich als „Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte“ (S. 21), den Rücktritt Mubaraks erzwangen. Ähnlich schätzt auch Juliane

Schumacher, drei Monate später, die Bedeutung der Arbeiter*innen ein und definiert die wachsenden Arbeitskämpfe, welche sich in den zunehmenden Demonstrationen der neu gegründeten Gewerkschaften manifestieren, als einen der drei Stränge, an denen sich die Proteste aktuell entfalten. Beide Autor*innen sprechen damit eine zentrale Frage an, die sich durch die gesamte Ausgabe zieht: jene nach der Bedeutung der Arbeiter*innenklasse und der Möglichkeit einer sozialistischen Transformation. Zwar stellt Hassan Saber ernüchternd fest, dass Ideen von Arbeiter*innenselbstverwaltungen oder der Kontrolle der Produktionsmittel bislang keine entscheidende Rolle in der ägyptischen Revolte spielten. Dennoch machen beide, Saber wie auch Schumacher, deutlich, dass wir – und damit ist auch die interessierte Linke in Europa gemeint – die zentralen Akteur*innen der Revolte auch jenseits der avantgardistischen Jugend auf dem Tahrir suchen und den Fokus in Richtung Arbeitskämpfe verschieben müssen.

Der „Rückblick“ schließt mit einer Stellungnahme der *ak*-Redaktion gegen die Propaganda der humanitären Intervention und einem klaren Nein zum Krieg in Libyen. In einem der wenigen Kommentare zu Libyen im Heft zeichnet Hannah Wettig derweil die Entwicklungen nach dem Sturz Gaddafis nach und zeigt sich besorgt über die fehlende politische Agenda der Oppositionellen im Land. Der Wunsch nach Freiheit nehme einen zentralen Stellenwert in den Forderungen der Libyer*innen ein, während die meisten nach fast 42 Jahren Gaddafi’scher „Basisdemokratie“ nur noch wenig Vertrauen in Demokratie und politische Partizipation zeigten.

Historische und sozio-ökonomische Hintergründe

Den Auftakt der Hintergrundanalysen macht ebenfalls Hannah Wettig mit einem informativen Artikel zu den wirtschaftlichen Entwicklungen im postkolonialen Nordafrika. Ihr Fazit: Die meisten Volkswirtschaften der Region sind durch Deregulierung, Exportorientierung, Abbau von Subventionen und die Privatisierung vieler Staatsbetriebe, nicht selten erzwungen durch Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, desolat. Durch die Liberalisierungspolitik der vergangenen Jahrzehnte öffnet sich die soziale Schere zwischen Arm und Reich immer

weiter. Die Weltwirtschaftskrise und der resultierende Zusammenbruch der Nachfrage aus Europa hat die Lage drastisch verschärft. Die aktuellen Revolten müssen auch vor diesem Hintergrund gelesen werden; sie stellen nicht nur Demokratisierungsbestrebungen und den Wunsch nach Freiheit, sondern gleichermaßen Kämpfe für soziale Rechte und sozio-ökonomische Veränderungen sowie ein Aufbegehren gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik dar. Dennoch, so zeigt Bernhard Schmid in seinem Text „Vom Protest zur Gegengesellschaft“ für die Situation in Tunesien auf, gibt es derzeit keine starke gesellschaftliche Bewegung, die sich aktiv für eine andere wirtschaftliche Produktionslogik einsetzt. Zwar bestehe der Druck für Veränderung auch in der ökonomischen Sphäre, meist beschränke sich dieser aber auf die Forderung nach Absetzung alter, regimetreuer Profiteur*innen. Dieser Wunsch nach Auswechslung sei von vielen Linken fälschlicherweise häufig als das Bestreben nach Aufbau eines sozialistischen Rätesystems interpretiert worden. Das wichtigste Anliegen für die Linke in der Region müsse es somit sein, die aktuell auseinanderklaffenden demokratischen Proteste gegen die Regierung und die Forderung nach gewerkschaftlicher Organisierung und sozialen Transformationen zusammenzubringen.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasparek, Marc Speer und Vassilis Tsianos in ihrem Artikel „Migrationsbewegung für echte Demokratie“ und diskutieren die migrationspolitischen Konsequenzen der Revolten. Europa, so das Autor*innenkollektiv, befinde sich in einer Situation der Spaltung zwischen Norden und Süden, in der die südeuropäischen Länder nicht länger die Verantwortung für die Migrationskontrolle an den Außengrenzen Europas zu tragen bereit sind. Sie verweigerten sich vor allem dem Verursacherprinzip, welches demjenigen Mitgliedsstaat das Asylverfahren auferlegt, der die Einreise einer asylsuchenden Person durch das Ausstellen eins Visums oder aufgrund mangelnder Grenzkontrollen „verursacht“ hat. Dies zeige sich am deutlichsten an den Verhandlungen zwischen der italienischen und der tunesischen Regierung im Februar 2011, im Rahmen derer tausende Tunesier*innen eine italienische Aufenthaltserlaubnis erhielten. Der zunehmend verarmende Süden der EU sei außerdem besonders empfänglich für ein Überspringen des revolutionären Funkens, was sich in den sozialen Bewegungen der Puerta del Sol in Madrid und des Syntagma Platzes in Athen gezeigt habe.

Auch Peter Schäfer hebt auf die Folgen internationaler Politik für die Region ab, in seinem Falle diejenigen von Entwicklungspolitik und sogenannter Demokratieförderung. Überzeugend legt Schäfer dar, dass die Forderungen des arabischen Frühlings nach Freiheit, Partizipation und Souveränität den (wirtschafts-)politischen Interessen der EU und der USA, so zum Beispiel die Verhinderung von Einwanderung, Zugang zu den Rohstoffen der Region oder „Terrorismusbekämpfung", entgegenlaufen und die Zusage politischer und finanzieller Unterstützung seitens des Westens in den „Ohren der Beteiligten wie Säbelrasseln" (S. 52) klingen muss. Keine der demokratisch gewählten Regierungen werde zu einer Zusammenarbeit zu alten Konditionen bereit sein, so seine These. Schäfer formuliert so einen wichtigen Beitrag zur Kritik europäischer Einflussnahme und Verantwortung für den Machterhalt autoritärer Regime in der Region.

Die schärfste Kritik an herkömmlichen Darstellungen der Ereignisse stellt jedoch der Beitrag der wildcat-Redaktion dar, welche Pedram Shahyars „Thesen über die neuen Protestbewegungen", ebenfalls im Heft abgedruckt, kommentiert und noch einmal zentrale Kritikpunkte aufgreift, die von den anderen Autor*innen im Heft bereits andiskutiert wurden. So warnt das Kollektiv vor allem vor einer Fokussierung auf die Politik des Tahrir Platzes:

> *„Der Kampf hat sich in Ägypten nicht erst auf dem Tahrirplatz entwickelt, und er findet auch nicht nur dort statt. Shahyars Fixierung auf die politische Ebene ignoriert soziale Prozesse und konkrete Kämpfe um ‚Gerechtigkeit' und ‚Gleichheit' in den Betrieben und Stadtvierteln." (S. 58)*

Außerdem stellten keinesfalls die prekären Gebildeten der ägyptischen Mittelschicht die zentralen Akteur*innen dar, sondern ebenso die Arbeiter*innen und deren kollektiven Kämpfe. „Es waren die Armen und die Slumbewohner, die während der Revolte in Suez, in Alexandria, Kairo, Port Said… die Polizei niedergekämpft haben – und auch den größten Blutzoll leisten mussten." (Ebd.) Die revolutionäre Jugend fühle sich heute genau wie Polizei und wirtschaftliche Führung dazu berechtigt zu bestimmen, was von wem gesagt und mit wem gesprochen werden darf, zitieren die Autor*innen den Sozialhistoriker Joel Beinin. Es kann also nicht, wie von Shahyar gefordert, darum gehen, die Marginalisierten zu „empowern", indem ihnen die durch NGOs und demokratische Staatsapparate strukturierten Machtgefüge

oktroyiert werden, sondern um eine radikale Infragestellung der eigenen sozialen Rolle als Teil einer vermeintlichen Avantgarde.

Euromediterrane Solidarität (?)

In diesem Licht erscheint es allerdings fragwürdig, warum das Schlusslicht der Texte, neben einer kurzen Vorstellung des Projekts „Boats 4 People“, ein Aufruf zur Unterstützung des Projekts „Adopt a Revolution“ bildet. Das Prinzip des Projekts ist nach Gründer Elias Perabo der Idee von Kinderpatenschaften nachempfunden und funktioniert auch genauso: wer spenden *will*, kann genau bestimmten, was mit dem Geld passieren soll und wie lange. Hier wird suggeriert, der Krieg in Syrien sei durch private, individuelle Wohltätigkeit zu gewinnen; zusätzlich wird die westliche Einflussnahme durch zweckorientierte Spenden gesichert. Das Projekt lädt geradezu dazu ein, sich in kolonialem Gestus den syrischen Widerstand symbolisch anzueignen. Aus kritisch-emanzipatorischer Sicht ein durchaus zweifelhaftes Unterfangen.

Alles in allem stellt die *ak*-Sonderausgabe eine gelungene Sammlung an Eindrücken, Perspektiven und Meinungen dar und wirft wichtige Fragen zu sozialer Bewegung, Parlamentarismus, Demokratie und internationaler Solidarität in postkolonialen Zusammenhängen auf, deren Diskussion sich die europäische Linke nicht entziehen kann. Es lohnt sich also, auch die laufende Berichterstattung der Zeitung zu verfolgen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bayat, Asef 2012: Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Assoziation A, Berlin

Beinin, Joel 2011: Revolution and Repression on the Banks of the Suez Canal, erschienen auf www.jadaliyya.com (12.07.2011)

analyse & kritik (Hg.) 2011:
The people demand .... ak-Sonderbeilage: Ein Jahr arabische Revolutionen - Fragen an die Linke.
a.k.i Verlag für analyse, Hamburg.
64 Seiten. 4,50 Euro.

Zitathinweis: Sibille Merz: „Wenn du geradeaus vorwärts stürmst…“. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/jrhkG.

Krise des neoliberalen Projekts

Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.)
Die EU in der Krise
Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling

Die Krise der EU lässt die Konflikte zwischen den verschiedenen Elitenfraktionen offen auftreten. Diese Bruchpunkte werden in dem Buch für eine kritische Gesellschaftsforschung und emanzipatorische Antworten auf die Krise aufbereitet.

Rezensiert von Ismail Küpeli

Die Europäische Union (EU) galt für die breite Öffentlichkeit lange Zeit als ein fernes und undurchsichtiges Gebilde. Auch innerhalb der Linken galt sie als Thema für SpezialistInnen, die darüber diskutierten, ob die EU ein imperiales Projekt sei oder eine demokratisierte Alternative zur nationalstaatlichen Ordnung sein kann. Vielfach wurde die EU als „Blackbox“ gesehen, aus der kritikwürdige Maßnahmen für Migrationspolitik, die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit dem globalen Süden oder Sicherheits- und Militärpolitik hervorgingen. Wie diese Politiken entstanden und wer die Akteure waren blieb unsichtbar, ebenso die inneren Widersprüche der EU als Gesamtprojekt und die Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten. Auch wurde die innere Struktur der EU, als ein Gebilde das von Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie geprägt ist, nicht gesehen. So konnten auch die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Elitenfraktionen innerhalb der EU nicht verstanden werden. Heute, im Zuge globaler Krisen, treten die Widersprüche und unterschiedlichen Interessen innerhalb der EU sichtbar auf. Ebenso lässt sich eine neue Intensität und Tiefe der sozialen Konflikte und

Bewegungen in den einzelnen Ländern feststellen – mit deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Staaten.

Die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ liefert jetzt einen Beitrag, um die „Blackbox“ aufzuknacken und kritische politikwissenschaftliche Analysen zu ermöglichen. Der Sammelband dokumentiert Tagungsbeiträge, die sich mehrheitlich mit den Machtverhältnissen innerhalb der EU beschäftigen. Der im Buchtitel erwähnte „europäische Frühling“ ist lediglich in einem Aufsatz über die Protestbewegung in Spanien das zentrale Thema.

Die theoretischen Ausgangspunkte der AutorInnen sind neogramscianische Ansätze, die mit Konzepten wie etwa Hegemonie, Machtverdichtung und Elitenfraktionen arbeiten. Der einführende Beitrag über die „Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise“ (Sonja Buckel/ Fabian Georgi/ John Kannankulan/ Jens Wissel) versteht die EU-Krise als die eines neoliberalen Projekts und skizziert unterschiedliche Strategieentwürfe, welche jeweils von unterschiedlichen gesellschaftlichen Fraktionen gestützt werden. Dabei werden neben dem hegemonialen neoliberalen Entwurf noch weitere Projekte ausgemacht, so etwa nationalkonservative oder sozialdemokratische Entwürfe, die versuchen andere Antworten auf die Krise zu geben. Interessant ist auch die Verknüpfung der Politikvorschläge mit den sozialen Unterstützergruppen der jeweiligen Strategieentwürfe. Des Weiteren wird analysiert, ob und wo unterschiedliche Projekte sich verknüpfen können. So wird etwa davon ausgegangen, dass sich der bisherige neoliberale Ansatz möglicherweise stärker rechtpopulistischer oder nationalkonservativer Ideologeme bedient und hier zu einem Bündnis unterschiedlicher Elitenfraktionen führt.

Mit der Krise des neoliberalen Projekts beschäftigt sich ebenfalls der Beitrag „Hegenomiekrise in Europa“ von Lukas Oberndorfer. Hier wird dargestellt, dass neoliberale Ansätze in den letzten Jahren auf einen gewissen minimalen Grundkonsens in weiten Teilen der Gesellschaft setzen konnten. Allerdings bricht diese Zustimmung im Zuge der Krise stark ein, da das neoliberale Projekt immer weniger auf eine konsensuale Herrschaft setzen kann und stärker staatliche Zwangsmittel einsetzen muss. Die Einbindung subalterner Klassen wird in der Krise zunehmend schwieriger, weil ihre Interessen weniger Raum erhalten. Auch die materielle Versorgung der Subalternen, um so zumindest eine passive Unterstützung oder Duldung der Herrschaft zu erhalten, kommt zu kurz. Dies unterminiert die Legitimation der EU insofern

stärker, da der bisherige ökonomische Erfolg, wovon in begrenztem Maß auch die unteren Klassen profitiert haben, ausfällt und durch andere Legitimationsquellen nicht ersetzt werden kann. Denkbar wäre etwa, durch eine stärkere politische Partizipation der Bevölkerung Legitimation wiederzuerlangen. Allerdings bewegt sich die EU eher in Richtung eines „autoritären Etatismus“, in der etwa die Krisenpolitik fast ausschließlich durch die Exekutive bestimmt wird und sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament kaum noch Einsicht haben – von Mitbestimmung ganz zu schweigen. Auch in diesem Beitrag wird erwähnt, dass in dem derzeitigen hegemonialen neoliberalen Diskurs ein stärkerer Rekurs auf rechtspopulistische und nationalistische Parolen zu beobachten ist.

Die Publikation ist insgesamt sehr lesenswert, allerdings ist die anvisierte Leserschaft eher akademisch. Politikwissenschaftliche Kenntnisse sind ebenso nötig wie eine minimale Vertrautheit mit Konzepten und Begriffen der kritischen Gesellschaftsforschung. So scheint es auf den ersten Blick, dass der Sammelband sich etwa für nicht-akademische AktivistInnen, die sich möglicherweise eher für eingängige Darstellungen als für ausgefeilte Forschungsansätze interessieren, weniger eignet. Allerdings ist eine kritische Auseinandersetzung mit der EU kaum zu vereinfachen, sodass die möglicherweise mühevolle Lesearbeit lohnenswert sein dürfte.

Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.) 2012:
Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling.
Westfälisches Dampfboot, Münster.
ISBN: 978-3-89691-898-7.
165 Seiten. 15,90 Euro.

Zitathinweis: Ismail Küpeli: Krise des neoliberalen Projekts. Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/3o4RC.

Was sollte man unbedingt lesen?

P.M.
Manetti Lesen
oder vom Guten Leben

Der Roman macht sich auf die Reise durch altes und neues, grünes und linkes – und fragt nach den Möglichkeiten des Loslassens.

Rezensiert von Adi Quarti

Der Erzähler im neuen Roman von P.M., ein gewisser Paul Meier, dessen Initialen wohl nicht ohne Grund an den Verfasser selbst erinnern, macht in diesem Buch eine Entdeckung. Eine ganze Reihe seiner Bekannten sind plötzlich verschwunden – und alle haben eigentlich nur eines gemeinsam: Sie alle haben die Nachlassschriften eines gewissen Roberto Manetti gelesen, eines aus der Züricher Bewegung aus den 1980er Jahre stammenden fiktiven Autors, der es durch den Kaffeehandel zu einigem Vermögen gebracht hat, inzwischen aber verstorben ist. P.M. macht sich also wieder einmal auf eine Suche, diesmal aber nicht nach fehlenden Seiten in Marx‘ „Grundrisse“, sondern nach alten Bekannten. Er stößt dabei, bestimmt nicht unvermittelt, auf die eigene Vergangenheit.

Weshalb sollte man nun eigentlich Manetti lesen? Warum nicht den Philosophen Zizek oder gar den Vizepräsident von Bolivien, Álvaro Garcia Linera, einen großen Denker unserer Zeit? Gemach, das Rätsel wird sich auflösen, wenn man sich mit Paul Meier auf die Suche in die Toscana, die Provence, nach Paris und schließlich auf eine geheimnisvolle Schiffspassage nach Südamerika begibt. Meiers teils verschwundener Bekanntenkreis besteht

aus Altlinken und Angehörigen der besseren Mittelschicht mit Genossenschaftswohnung in Zürich und Ferienhaus in Italien. Sie sind Lehrer, Architekten, Steuerberaterinnen oder Psychoanalytiker. Übrigens solche Psychoanalytiker, die noch bei Lacan selbst studiert hatten und etwas von Verschiebungen verstanden. Eine Berufsgruppe vergessen? Klar, grüne Politikerinnen! Natürlich hat sich der Zeitgeist gewandelt, man diskutiert erbittert, ob nun Marx oder Hayek und Friedman recht hatten. Nicht selten wird in diesen Kreisen lamentabel darüber geklagt, wie Luhmann, die Postmoderne, Baudrillard, Foucault alles aufgelöst, aber nichts zusammengefügt hätten. Wir blieben in der Luft hängen.

Interessanter dagegen die Lektüre von „Der kommende Aufstand“ (kritsich-lesen.de #4) im Nachtzug nach Berlin. Dem Erzähler wird schlagartig klar, warum der Text zur Pflichtlektüre von französischen Polizisten gehört. Der Inhalt sei allerdings völlig harmlos, nur ein Kracher, keine Bombe. Die Energie sei da, aber der Behälter fehle. Trotzdem habe er den Text gerne gelesen, wahrscheinlich weil er die geliebten alten Meinungen bestärkt. Hier reflektiert P.M. sehr amüsant seine alte lange Erfahrung in der autonomen Szene, die gescheiterten temporär autonomen Zonen eines Hakim Bey, der Kommunismus der Bescheidenen. Der Roman ist randvoll mit Szenen und Gedanken, die an eine gescheiterte Revolution erinnern. Der Autor wird aber dabei niemals zynisch oder überheblich. Selbst die Poulet à la Crème, die ausgezeichnete deutsche Leberwurst, die französischen Pasteten und der dazu passende Wein gehen runter wie nichts. Es sei denn, man ist Veganerin, aber auch für die soll sich alles zum Besten wenden.

Nicht so für den Erzähler. Der erhält einen gewaltigen Schlag auf den Kopf und wacht auf einer kleinen Segeljacht wieder auf, deren Besatzung, allesamt sehr sympathische Leute, ihm eröffnen, dass es Richtung Brasilien gehe. Dort, mitten im Matto Grosso in der Kleinstadt Alivio, stellt sich ihnen Roberto Manetti vor. Er ist also am Leben, um die siebzig und bei bester Gesundheit. Auch der vermeintlich verschwundene Bekanntenkreis Meiers ist gerne anwesend, man lebt in großzügigen Wohnungen, welche in größere oder kleinere Wohneinheiten aufgeteilt sind. Die Einrichtungen weisen auf ein haltbares Design hin, Computer gibt es nur wenige in Terminals, die gemeinschaftlich genutzt werden und über ein Intranet via Stromnetz verbunden sind. In der gesamten Kleinstadt existieren funktionierende

Infrastrukturdienste für Wäsche, Essen und Kochen, Werkzeug- und Maschinenverleih, Notfalldienste und Kindergärten. Die gesamte Struktur wird über ein System von Ökopunkten verwaltet. Die Stadt ist kompakt gebaut, alles kann bequem zu Fuß oder Fahrrad erreicht werden. Es existieren Schule, Theater- und Musiksaal, Bibliothek und Sportanlage. Aliviocom, in der die Betriebe organisiert sind, gehört zu 49,8% den Angestellten. 50,2% gehören natürlich Manetti. Das ganze zeichnet sich durch eine hervorragende Energiebilanz aus: Man kann auf dem Niveau von 500 Watt funktionieren. Strom wird über Parabolspiegel in einem aufwändigen Verfahren erzeugt, dafür aber klimaneutral. Selbst angebaute Lebensmittel wie Soja, Mais, Bohnen, Erdnüsse, Kichererbsen, usw. werden zu Tofu, Sojasauce, Bohnenpaste, Speiseöl und selbst Fleischkonserven aus eigener Haltung weiterverarbeitet. Sogar eine kleine Brauerei ist vorhanden. Wie schön.

Man könnte nun einwenden dies sei ein wenig der Utopie zu viel, dies könne gar nicht funktionieren und ist ohnehin nur ein müder Abklatsch der bolo‘ bolos von P.M. aus den 1980er Jahren. Kann man überhaupt, um Adorno abzuwandeln, von einem guten Leben im falschen sprechen? Jedenfalls handelt es sich um ein höchst unterhaltsames Buch – und eine genaue Chronik des Widerstandes ohnehin.

P.M. 2012:
Manetti Lesen. oder vom Guten Leben.
Edition Nautilus, Hamburg.
ISBN: 978-3-89401-761-3.
288 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Adi Quarti: Was sollte man unbedingt lesen? Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/gYpb7.

Das Recht als Spielzeug der Moderne

Daniel Loick (Hg.)
Der Nomos der Moderne
Die politische Philosophie Giorgio Agambens

Einem Sammelband zur Theorie Giorgio Agambens gelingt der schwere Spagat zwischen kritischer Kommentierung und produktiver Interpretation.

Rezensiert von Maximilian Pichl

Der Nomos Verlag hat in den letzten Jahren zahlreiche Sammelbände zu bedeutenden staatstheoretischen DenkerInnen und Theoremen in seiner Reihe „Staatsverständnisse“ herausgebracht. Ein besonders im Feuilleton bekannter Denker lieferte das Motiv für den hier rezensierten Sammelband „Der Nomos der Moderne“: der italienische Philosoph Giorgio Agamben. Herausgegeben durch den Frankfurter Philosoph Daniel Loick, versammelt der Band einen interdisziplinären wie kritischen Blick auf das Werk von Agamben. Dessen theoretische Abhandlungen über den Ausnahmezustand und das Lager als Paradigma des Regierens haben insbesondere seit dem sogenannten Krieg gegen den Terror, der weltweiten Skandalisierung des Lagers Guantanamo und infolge der gestiegenen Migrationsabwehr an den europäischen Außengrenzen Konjunktur.

Agambens Theorie

Agambens Theorie hat ihren Ursprung in dem bekannten Satz des NS-Kronjuristen Carl Schmitts „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ (Schmitt 1993, S. 11). Für Schmitt stellte der Ausnahmezustand

aber im wörtlichen Sinne eine Ausnahme dar, während Agamben diesen als reguläre Regierungstechnik der Moderne versteht. Er verortet den Ausnahmezustand in einem „Raum ohne Recht“ (Agamben 2004, 60f). „Eines der Paradoxe des Ausnahmezustands besteht darin, daß in ihm die Überschreitung des Gesetzes und seine Ausübung nicht unterschieden werden können, so daß das, was der Norm entspricht und das, was sie verletzt, in ihm restlos zusammenfallen.“ (Ebd. 68) Dies sei auch der Grund warum der Souverän im Ausnahmezustand direkt auf das menschliche Leben an sich zugreifen könne.

Die „Produktion eines biopolitischen Körpers“ sei daher „die ursprüngliche Leistung der souveränen Macht“ (Agamben 2002, S. 16). Agamben bedient sich zur Darstellung dieser These der antiken römischen Rechtsfigur des Homo Sacer. Der Homo Sacer sei ein „heiliges Leben“, das nicht geopfert werden kann und dennoch getötet werden darf (ebd., S. 92). Damit bewegt sich dieses „nackte Leben“ auf einer Ebene der politischen Ununterscheidbarkeit. Demgegenüber sei die – schon bei Aristoteles zu findende – Unterscheidung zwischen zoe und bios das konstitutive Element des Politischen seit der Antike und setze sich bis in moderne Demokratien fort. Zoe steht dabei für das einfache und natürliche Leben, während bios das öffentliche und kulturelle Leben darstellt. Für Agamben ist diese Regulierung des Lebens die eigentliche Funktion der Souveränität.

Heutzutage würde das Leben vollständig seitens der staatlichen Macht kontrolliert werden. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür sei das Lager. Agamben meint mit dem Lager dreierlei: Erstens verweist er auf die Konzentrationslager im NS-Regime, in welchen die Menschen schutzlos und rechtlos industriell vernichtet werden konnten, zweitens meint er das heutige Flüchtlingslagersystem in der EU und in den USA und drittens versteht er das Lager sogar als einen Nicht-Ort, das heißt als eine Struktur in der homines sacri produziert werden sollen.

> *„Wenn also ein Ausnahmezustand durch die Einrichtung eines Lagers gewollt ist, wird er zu einem Paradigma des Politischen, in dem Norm und Ausnahme nicht mehr zu unterscheiden sind, bzw. der Ausnahmezustand zur Norm wird. Der Ausnahmezustand wird also nicht mehr aufgrund einer faktischen Situation durch den Souverän ausgerufen, sondern stellt das Lager als faktische Situation erst durch die Entscheidung über den Ausnahmezustand her." (Ebd., S. 192)*

Agambens Theorie hat insofern eine große Bedeutung für aktuelle Debatten, als dass seine theoretischen Arbeiten aufzeigen, wie in demokratischen Gesellschaften totalitäre Momente verankert sind. Für Agamben ist die Regulierung des Lebens die Form des Politischen, die seit der Antike bis heute kontinuierlich fortwirkt. Dennoch arbeitet Agamben in seinen Werken mit Vereinfachungen, Verkürzungen und irreführenden Vergleichen. Eine kritische Rezeption, wie sie in dem Sammelband vorgeschlagen wird, ist deshalb zu begrüßen – gerade angesichts dessen, dass die Arbeit mit dem Werk von Agamben im deutschprachigen Raum vergleichsweise spät eingesetzt hat.

Der Sammelband legt seinen kritischen Impetus bereits im Aufbau fest. Die zwölf Aufsätze teilen sich auf in die Kapitel Motive, Anschlüsse und Auswege. Es wird deutlich, dass die AutorInnen versuchen mit der Theorie Agambens zu arbeiten, ohne sie affirmativ zu übernehmen.

Motive

Den Anfang im Kapitel Motive macht Oliver Flügel-Martinsen. Sein Beitrag stellt eine bemerkenswerte Kontextualisierung des Werks von Agamben dar. Er führt die LeserInnen gekonnt in die schwer verständlichen und theoretisch voraussetzungsvollen Begriffe ein. Dabei versucht er die zentralen Begriffe bei Agamben – nacktes Leben, Ausnahmezustand und Souveränität - auseinander zu legen und bietet Definitionsmöglichkeiten an. Der wertvolle Beitrag seines Artikels ergibt sich aber aus dem Vergleich zwischen den Schriften von Agamben. Flügel-Martinsen arbeitet heraus, wie sich Agambens Werk über die Zeit verändert, indem sich dessen Fokus von der Souveränität zu der Regierung verschiebt. Laut Flügel-Martinsen ist die Souveränität als grundlegendes Herrschaftsprinzip unsichtbar und Strukturprinzip der

Gesellschaft, während nur die Regierung als Ableitung aus der Souveränität erkannt werden kann.

Einen zweiten, ebenfalls einführenden Text, liefert Maria Muhle, die in ihrem Beitrag einen Vergleich des Begriffs der Biopolitik zwischen Foucault und Agamben zieht. Die Autorin schlägt sich auf die Seite Foucaults und wirft Agamben eine unhistorische Methode vor. Er verkenne in seiner ausschließlich auf die negative Seite der Biopolitik zielenden Perspektive die zugleich produktiven Momente, die Foucault besser zu fassen wisse. Dadurch könne Foucault die theoretisch interessanteren Brüche und Kontinuitäten staatlicher Souveränität feststellen, während Agamben Kontinuitäten beschwöre, wo an sich keine seien.

Agambens Theorem hat großen Einfluss innerhalb der kritischen Migrationsforschung genossen. Seine Ausführungen über das Lager finden sich in beinahe jedem Artikel über das europäische Grenzregime. Umso wichtiger ist ebenfalls der kritische Blick von Serhat Karakayali. Sein Beitrag beschäftigt sich mit dem Begriff des Lagers. Besonders seine eigenen Anschlüsse an Agamben stellen eine wichtige Erweiterung dar. Denn Karakayali deutet die Installierung eines Lagersystems als den Versuch seitens der Europäischen Staaten MigrantInnen in ihrer Mobilität zu entschleunigen, um die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, auf dem illegalisierte MigrantInnen eine wichtige Rolle spielen, zu regulieren. Dieser klassentheoretische Ansatz, der das Lagersystem mit der sozialen Frage verbindet, ist in Agambens Werk nur marginal zu finden, allenfalls in seinen Ausführungen zum Römerbrief.

Mit diesen beschäftigt sich Micha Brumlik in seinem Artikel und bezieht sich dabei auf Agambens Buch „Die Zeit, die bleibt“. In einer sehr detailreichen Textanalyse ordnet Brumlik die Römerbrief-Interpretation Agambens zwischen diejenigen von Carl Schmitt, Karl Barth oder auch Walter Benjamin ein. Er kategorisiert zudem Agambens Methode als eine Form der negativen Theorie des Politischen.

Obschon das erste Kapitel eine sehr umfassende Begriffsarbeit leistet, hat es dennoch auch zwei Schwächen. Dem Band hätte ein zusätzlicher Artikel gut getan, indem prägnant die für Agamben wesentlichen theoretischen Richtungen (Aristoteles, Carl Schmitt, Walter Benjamin, Hannah Arendt) hätten vorgestellt werden können. Denn Agamben schreibt immer wieder

ausgehend von diesen AutorInnen ohne sie zu erläutern, manchmal auch ohne einen direkten Bezug zu ihnen herzustellen. Nur die Theorie Michel Foucaults wird ausgiebig in dem Sammelband erklärt. Zweitens wiederholen sich in den Beiträgen zu oft die gleichen Überlegungen. Dies wird spätestens bei dem Artikel von Ernesto Laclau deutlich. Laclaus Beitrag ist jedoch insofern wichtig, als dass er Agamben immanente Widersprüche in Bezug auf seine Theorie des Banns nachweist. Er bleibt am Ende aber nur mit einer Kritik an Agamben stehen, die diesem vorwirft keine Emanzipationsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diesen Vorwurf vertreten auch die meisten AutorInnen in dem Band und schaffen es dennoch darüber hinaus mit Agambens Theoremen zu arbeiten. Es ist zudem explizit nicht Agambens Intention einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu skizzieren und diese Haltung sollte man ernst nehmen.

Anschlüsse

Im zweiten Kapitel werden Agambens Theoreme auf Fallbeispiele angewendet. Susanne Schultz widmet sich einer Demografiekritik und erweitert Agambens Konzept um eine feministische Perspektive, die sich mit der Politisierung des Privaten auseinandersetzt. Ein postkoloniales Anwendungsfeld erblickt Jeannette Ehrmann in den Sklavenhalterplantagen, die für sie als Vorläufer des Lagers gelten. Für einen popkulturellen Anschluss interpretiert Il-Tschung Lin den Film „Bourne Identity“ und fragt nach der Rolle des Spions im Ausnahmezustand.

Die Anschlüsse zeigen, dass Agamben durchaus zahlreiche Möglichkeiten liefert um sowohl in der Politik als auch in der Kunst Phänomene und Ereignisse theoretisch einzuordnen. Die Frage stellt sich jedoch, warum an dieser Stelle kein Artikel zu der Rezeption von Agamben in politischen wie sozialen Bewegungen zu finden ist. Agamben hat nicht nur auf anarchistische Bewegungen beispielsweise in Nordamerika Einfluss gehabt, sondern auch auf politische Manifeste wie „Der kommende Aufstand“ des Unsichtbaren Komitees (kritisch-lesen.de #4). Eine Reflexion von Agambens Rezeption hätte gerade für die deutsche Auseinandersetzung mit ihm fruchtbare Ergebnisse zutage treten lassen können.

Auswege

Das letzte Kapitel unter dem Motto Auswege versucht Reformulierungen bzw. Neuinterpretationen von Agambens Theoremen vorzunehmen. Isabell Lorey gelingt hier eine historische Darstellung der Plebejer-Kämpfe in Rom gegen die Ordnung der Patrizier, an der sie aufzeigen kann, dass der Ausschluss des Homo Sacer nicht nur negative Folgen haben kann, wie bei Agamben intendiert, sondern zugleich die Basis für subalterne Selbstermächtigungen liefert. Birte Löschenkohl greift in ihrem Beitrag zudem ein zunehmend vernachlässigtes Thema in der Philosophie auf, nämlich eine theoretische Kritik von Zeitvorstellungen. Ihr Beitrag zeichnet sich durch eine sehr breite Kontextualisierung in die bisherige Forschung aus und erweitert zudem den Geschichtsbegriff von Karl Marx um interessante Aspekte.

Den bemerkenswertesten Beitrag des Bandes liefert jedoch der Herausgeber. Daniel Loicks Artikel beschließt den Abschnitt über die Anschlüsse an Agamben und formuliert eine Vorstellung des Rechts ohne Gewaltdurchsetzung. Dieses anti-staatliche Recht wird laut Loick, der versucht Versatzstücke aus Agambens Werk zu systematisieren und zu interpretieren, zu einem Wegweiser in eine neue Gesellschaftsordnung. Für ihn sind drei Begriffe leitend: Mit dem Studium verliert das Recht seine Gewaltförmigkeit (S. 196f), mit dem Spiel wird das Recht profanisiert und als Gebrauchswert in die Macht der Menschen zurückgegeben (S. 200f). Mit der Deaktivierung verliert das Recht sein Prinzip der Rechtsträgerschaft und wird somit für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Klasse, zugänglich (S. 209). Loick gelingt es dadurch mit Agamben und über ihn hinaus eine beeindruckende Rechtskritik zu liefern, die zugleich eine neue Form des Rechts vorschlägt, die das Recht entzaubert und von seiner Bindung an die Gewalt befreit. Weitere rechtswissenschaftliche wie philosophische Arbeiten könnten an diesem Ansatz anknüpfen.

Der Band schließt mit Agamben selbst. Sein kurzer Beitrag „Ostern in Ägypten“ stellt eine Interpretation eines Satzes aus dem Briefwechsel zwischen Paul Celan und Ingeborg Bachmann dar. Die gesamte Perspektive des Denkens Agambens wird hier zum Schluss noch einmal gut verdeutlicht: Der Band endet mit einer pessimistischen Haltung, indem Agamben an diesem einen Satzfragment eine gesellschaftliche Totalität aufzuzeigen vermag, in der Hoffnung auf Erlösung scheinbar keinen Platz hat.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass dem Sammelband eine vertiefte Auseinandersetzung mit Agambens Darstellung des Nationalsozialismus fehlt. Agamben hat in seinen Werken eine offenkundige Lücke im Bezug auf eine theoretische Reflexion des Antisemitismus. Nur so ist es möglich, dass Agamben schwerwiegende und untragbare Vergleiche zwischen den Konzentrationslagern im NS und beispielsweise den Einlasskontrollen an Flughäfen in den USA vornimmt. Zugleich liefert Agamben in der Auseinandersetzung mit Primo Levi aber auch interessante Bemerkungen zu der Wirkung der Zeugenschaft von Opfern des NS. Dieses im Werk von Agamben sehr relevante Thema taucht in dem Band nicht auf, obschon an einigen Stellen die AutorInnen auf Agambens Bezüge zum NS eingehen – jedoch zu bruchstückhaft und ohne Kontextualisierung.

Dennoch: Die Lücken des Bandes regen gerade die weitere Auseinandersetzung mit Agambens Werk und dessen kritische Rezeption an. Nebenbei bemerkt ist es so positiv wie ungewöhnlich, dass fast die Hälfte der AutorInnen weiblich ist. In den meisten Bänden der Reihe „Staatsverständnisse“ überwiegen männliche Autoren. Dem Sammelband gelingt es zudem gekonnt einen Spagat zu schlagen zwischen einer vielschichtigen Kritik an Agambens Theoremen und einer theoretischen wie politischen Erweiterung seiner staatstheoretischen Prämissen. Eine derartig reflektierte Zusammenschau findet sich derweil wohl nicht im deutschprachigen Raum.

Zusätzlich verwendete Literatur

Agamben, Giorgio 2002: Homo Sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

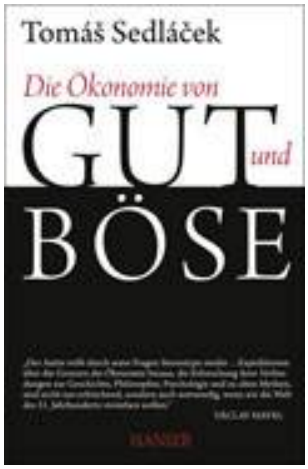
Agamben, Giorgio 2004: Ausnahmezustand. Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Schmitt, Carl 1993: Politische Theologie. 4. Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 4. Auflage. Duncker & Humblot, Berlin

Daniel Loick (Hg.) 2010:
Der Nomos der Moderne. Die politische Philosophie Giorgio Agambens.
Nomos, Baden-Baden.
ISBN: 978-3-8329-6233-3.
219 Seiten. 29,00 Euro.

Zitathinweis: Maximilian Pichl: Das Recht als Spielzeug der Moderne.
Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/WgRHs.

Der Geist der Ökonomie



Tomáš Sedláček
Die Ökonomie von Gut und Böse

Tomáš Sedláček zeigt mit seinem viel beachteten Blick in die Geistesgeschichte ökonomischen Denkens, dass Wirtschaft mehr ist als Mathematik.

Rezensiert von Patrick Schreiner

Der junge tschechische Ökonom und Politikberater Tomáš Sedláček hat ein Buch vorgelegt, das in den letzten Monaten in den Medien zu Recht breit aufgegriffen wurde. Dass es insbesondere beim Kulturjournalismus und in den Feuilletons Aufmerksamkeit gefunden hat, ist einmal mehr ein Hinweis auf die weit verbreitete Einfältigkeit sowohl der heutigen Wirtschaftswissenschaften als auch des heutigen Wirtschaftsjournalismus. Eine Einfältigkeit, gegen die Sedláček erklärtermaßen anschreiben möchte. Dies ist ihm mit einem flüssig geschriebenen, spannenden Buch zur Geistesgeschichte ökonomischen Denkens gelungen – einem Buch, an dem sich aus linker Sicht allerdings auch einige Detailkritik anbringen lässt.

Mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Wirtschaftswissenschaften massiv in die Kritik geraten, und dies völlig zu Recht. Banal und wenig zielführend mag der Vorwurf sein, sie hätten die Krise nicht vorhergesehen. Fundierter hingegen der Verweis, dass sie mit ihrer Selbst-Mathematisierung in den letzten Jahrzehnten zu isolierten, hochgradig ideologisierten und realitätsfernen Wissenschaften geworden sind. Zu Recht merkt Sedláček an, dass rein optisch zwischen einem Lehrbuch der Ökonomie und einem Lehrbuch der Physik kein Unterschied mehr zu erkennen sei – und dies, obwohl die Wirtschaftswissenschaften im Kern Sozialwissenschaften sind.

Kernthese von Sedláčeks Buch ist, dass das Denken über Wirtschaft von jeher ein Denken über Gut und Böse war und ist. Noch die mathematisierteste Ökonomie beruht auf Annahmen auch hinsichtlich dessen, was moralisch akzeptabel und was moralisch verwerflich ist. Um die moralphilosophischen, ethischen und religiösen Wurzeln der Ökonomie offenzulegen, unternimmt Sedláček einen – bisweilen etwas holzschnittartigen – Parforceritt durch mehrere tausend Jahre Geistesgeschichte. Er beginnt mit dem Gilgamesch-Epos als dem ältesten erhaltenen erzählerischen Text der Menschheit, fährt fort mit alttestamentarischem Judentum, antikem Griechenland und Christentum, um über die mittelalterliche Philosophie und die Aufklärung hinweg schließlich im 19. und im 20. Jahrhundert zu landen.

Nicht immer folgt Sedláček dabei stringent seinem Kernanliegen. Der Text ist vielmehr gewürzt mit zahlreichen Ausführungen und Gedanken zu Nebenaspekten und Details, die der guten Lesbarkeit und spannenden Aufbereitung des Themas allerdings nicht nur keinen Abbruch tun, sondern sogar zuträglich sind. Dass man dabei nicht jeder These und Interpretation folgen mag, überrascht nicht. Beispielsweise gehört sicherlich einige Phantasie dazu, das alttestamentarische Gleichnis von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren als frühe Form einer antizyklischen Konjunkturpolitik zu verstehen. Und doch macht Sedláček genau an solchen Textstellen klar: Es ist dieses spekulative, dogmengeschichtliche Denken, das den modernen Wirtschaftswissenschaften fehlt.

Sedláček ist kein Linker. Als Chefvolkswirt der größten tschechischen Bank, Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrates und als ehemaliger Berater des tschechischen Ex-Präsidenten Václav Havel dürfte er eher einem liberal-konservativen Spektrum zuzuordnen sein. Dies macht sich an einigen Stellen von „Die Ökonomie von Gut und Böse“ bemerkbar – aus linker Sicht sind genau dies auch die schwächsten Teile des Buches. Gemeint sind jene Textstellen, an denen er sich tagespolitisch über ökonomische Probleme äußert, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. So kritisiert er mehrfach die vermeintlich ausufernde Staatsverschuldung sowie vermeintlich zu hohe Staatsausgaben; ein ganzes Kapitel widmet er affirmativ der so genannten „Wachstumskritik“.

Umgekehrt fehlt jede kritische Auseinandersetzung beispielsweise mit dem Neoliberalismus oder der weltweit immer ungleicheren Verteilung des

Wohlstands. Seine kritische Darstellung der Mathematisierung heutiger Wirtschaftswissenschaften ist stark und überzeugend – bleibt ohne Kritik am Neoliberalismus aber auf halber Strecke stehen. Zu Recht kritisiert Sedláček beispielsweise wiederholt diverse Grundannahmen dieser Wirtschaftswissenschaften, ohne die eine derart weitreichende Mathematisierung letztlich gar nicht möglich wäre. Hier nennt er allen voran den „Homo oeconomicus“, also die Annahme, dass jeder Mensch stets ausnahmslos egoistisch und nutzenmaximierend handle. Sedláček zeigt geistesgeschichtlich die Wurzeln dieses Denkens auf, und überzeugend widerlegt er diese und andere Annahmen der modernen Wirtschaftswissenschaften. Er setzt diese Ideologisierung und inhaltliche Verengung der Ökonomie aber an keiner Stelle mit dem Neoliberalismus in einen Zusammenhang. Die fragwürdige Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften erscheint hierdurch als isolierter Prozess, der mit Klassenverhältnissen und Kapitalakkumulation nichts zu tun hat.

Dennoch: Sedláčeks „Die Ökonomie von Gut und Böse“ ist ein insgesamt verdienstvolles Buch, das von philosophie- und geistesgeschichtlich Interessierten mit Gewinn gelesen werden kann. Es ist verständlich geschrieben und bietet zahlreiche spannende Gedanken und Ideen. Verdienstvoll ist es vor allem, weil es die philosophischen Wurzeln der modernen Ökonomie offenlegt. Die von Sedláček präsentierte Kritik an den modernen Wirtschaftswissenschaften ist dabei fundiert und überzeugend.

Als Linke/r möchte man an vielen Stellen allerdings noch deutlich weiter gehen. So zeigt das Buch eben auch auf, dass es zwischen der Mainstream-Ökonomie und neoliberalem sowie konservativem Denken eine starke inhaltliche Nähe gibt. Ihr kann oder will sich auch Sedláček nicht vollständig entziehen.

Tomáš Sedláček 2012:
Die Ökonomie von Gut und Böse.
Hanser Verlag, München.
ISBN: 978-3-446-42823-2.
448 Seiten. 24,90 Euro.

Zitathinweis: Patrick Schreiner: Der Geist der Ökonomie. Erschienen in: .
URL: https://kritisch-lesen.de/s/3gHwG.

Friedrich Engels als Theoretiker und Kritiker des Staates

Samuel Salzborn (Hg.)
'...ins Museum der Altertümer'
Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels

Ein solider Sammelband zur Staatstheorie von Friedrich Engels, der leider auch einige Lücken aufweist.

Rezensiert von Philippe Kellermann

Eine „bemerkenswerte Renaissance“ von Marx (Hunt 2009, S. 10) diagnostiziert der britische Historiker Tristram Hunt in seiner unlängst erschienen Biografie von Marx’ Mitstreiter Friedrich Engels. Er fügt jedoch hinzu: „während Marx’ Aktie stieg, fiel diejenige von Engels. Es wurde Mode, Marx und Engels voneinander zu trennen und den einen als ethisch und humanistisch zu ehren, während man den anderen als Mann des Apparats und wissenschaftsgläubig abtat“ (ebd. S. 13). Hunt plädiert dagegen dafür, sich Engels „wieder unvoreingenommen“ zu nähern (ebd. S. 14).

Ich selbst, durchaus kein Sympathisant von Engels, empfinde dieses mittlerweile schon etwas altbackene „guter Marx, böser Engels“-Spielchen zumeist auch insofern nicht sonderlich ergiebig, als es meines Erachtens zumeist auf einen für die ZeitgenossInnen nicht erkennbaren Theoretiker Marx rekurriert, dessen Interventionen merkwürdigerweise meist im Widerspruch zu gerade jenem Denken stehen, welches die Marx-FreundInnen an diesem lobend hervorheben. Andererseits macht es sich auch das Bild des

„dummen“ Engels wiederum zu leicht, da dieser mit Problemen und Fragestellungen konfrontiert war, zu denen sich Marx wenig oder gar nicht äußerte. Insofern ist auch zu beachten, dass sich der späte Engels „inmitten einer historischen Situation“ wiederfindet, „die ihm ganz neue Aufgaben“ gestellt hat (Mohl / Negt 1986, S. 491). Und schließlich ist es ein Gebot historischer Fairness sich auch Engels mit dem gebotenen Ernst zu nähern, vor allem, wenn dieser von großen Teilen seiner eigenen Bewegung mehr oder weniger verleugnet wird.

Insofern finde ich es grundsätzlich begrüßenswert, dass sich nun ein Band der Reihe *Staatsverständnisse* des Nomos Verlags explizit mit Engels auseinandersetzt und dessen „theoretisch-konzeptionelles Eigengewicht würdigt“ (S. 9). Dem Herausgeber ist zuzustimmen, wenn er darauf verweist, dass dieser „im Bereich der politischen Organisation und Herrschaftsanalyse deutlich exponierter argumentiert und reflektiert“ habe, als Marx (S. 9) – ein Urteil, dass auch ein Blick in den, in derselben Reihe erschienen Band zu Marx bestätigt: dort ist zu Marx’ Staatstheorie nicht zufällig denkbar wenig zu erfahren (vgl. Hirsch / Kannankulam /Wissel 2008). Der Sammelband beinhaltet neun Aufsätze, die in zwei Sektionen unterteilt sind: Fünf Aufsätze sind unter der Überschrift „Staatsanalyse und Staatskritik“ versammelt, die übrigen vier beschäftigen sich mit „Kontexte[n] und Kontextualisierungen“.

„Staatsanalyse und Staatskritik“

In der ersten Sektion informiert recht anschaulich und solide der Aufsatz von Merkel-Melis über „Die Staatstheorie im Spätwerk von Friedrich Engels“, wobei es heißt, dass sowohl für Marx als auch für Engels gelte, dass dieser „keine ausgearbeitete Theorie über den Staat hinterlassen“ habe (S. 50). Mit Blick auf den späten Engels und dessen Hoffnungen auf die sozialdemokratische Unterwanderung des Staates werden „Illusionen“ erkannt, da Engels „Wahlverhalten und revolutionäre Potenz“ gleichsetzt habe (S. 75) – eine Illusion im Übrigen, auf die zeitgenössische AnarchistInnen immer wieder aufmerksam machten. Dass von diesen jedoch – wie im gesamten Band – keine Rede ist, geht dann auch ein wenig zu Unkosten einer wirklichen historischen Kontextualisierung. Wie das Ausblenden, beziehungsweise der Verzicht auf ein ernsthaftes Diskutieren des seinerzeitigen Anarchismus auch zu analytisch schiefen beziehungsweise

problematischen Folgen führen kann, zeigt der Aufsatz „Von der Utopie zur Wissenschaft? Zur Regression des materialistischen Anspruchs in der Staatstheorie von Friedrich Engels“ des Herausgebers Salzborn. Wenn dieser nämlich recht einseitig behauptet, „dass es genau jene unwissenschaftlichen Elemente in seinem [Engels] Werk gewesen sind, die den realsozialistischen Zwangsherrschaftsregimen die *Anknüpfung* an sein Werk ermöglicht haben“ (S. 24; Herv. i. O.), und anmerkt, dass Engels sich in seiner Theoriebildung „strukturell nur in Nuancen“ von dem „idealistischen und infantilen Ideal der Anarchisten“ unterschieden hätte (S. 14), darf die Nachfrage erlaubt sein, warum eigentlich der Anarchismus keinerlei vergleichbares Zwangsherrschaftsregime etabliert hat?

Informativ hingegen sind wieder die Ausführungen von Frauke Höntzsch zur „Spannung zwischen Gleichheit und Autorität bei Engels“. Sie kommt zu dem Schluss, dass Engels gemeint habe: „Um das Reich der Freiheit zu ermöglichen, muss die Produktion in der kommunistischen Gesellschaft (…) planmäßig organisiert werden, wozu es ökonomischer Autorität bedarf, die *funktionale Ungleichheit* impliziert.“ (S. 45f; Herv. i. O.) Die mit dieser Ungleichheit verbundenen Gefahren habe Engels weitgehend unterschätzt. Dem ist zuzustimmen, und darüber hinaus scheint es mir auch etwas sehr freundlich, wenn Engels zugute gehalten wird, dass er, indem er „mit Blick auf die Diktatur des Proletariats (…) vor Machtmissbrauch“ gewarnt habe, „die Entwicklung der sozialistischen Staaten“ kritisch antizipiert hätte (S. 46). Denn auch hier hätte man historisch kontextualisieren müssen, inwieweit sich der angesprochene späte Engels explizit der anarchistischen Kritik erwehren musste, wie es auch lohnenswert gewesen wäre, die Frage der „funktionellen Ungleichheit“ mit Blick auf die zeitgenössische Debatte mit den AnarchistInnen näher zu beleuchten und nicht nur ein paar polemische Bemerkungen bei Engels zum Anarchismus abzuschreiben (S. 36f).

Exkurs: Engels und das Militär

Zwei der fünf Aufsätze aus der Sektion „Staatsanalyse und Staatskritik“ beschäftigen sich merkwürdigerweise mit Engels’ Thesen zu Krieg, Gewalt und Militär. Während Rüdiger Voigts Ausführungen recht oberflächlich wirken, ist von Herfried Münkler – wie so oft – immer wieder etwas zu lernen. Erstaunlicherweise aber thematisieren beide Aufsätze nicht näher einen

wichtigen Punkt bei Engels' Ausführungen zu dieser Thematik, die auch Rückschlüsse auf sein Staatsverständnis ergeben. Engels hatte nämlich gemeint:

> *„Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt aber keineswegs in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit 25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und da grade die junge Generation es ist, die unsrer Partei die zahlreichsten Rekruten liefert, so folgt daraus, dass die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt wird. Heute haben wir einen Soldaten auf fünf, in wenig Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein. Das rückt heran, unaufhaltsam wie ein Schicksalsschluss." (Engels 1891/92, S. 251)*

Anschaulich zeigt sich hier, wie bei der Frage des Parlamentarismus, dass der Staat selbst nicht als die emanzipatorischen Prozesse integrierender Apparat gedacht wird, sondern als in gewisser Weise neutrales Instrument, dem man sich im Kampf bedienen könne, ohne dass die (hochproblematischen) Rückwirkungen auf die Konstitution der sozialistischen Bewegung ernsthaft in Betracht gezogen werden. Nicht zufällig hat dann auch Bakunin – analog zu seiner Parlamentarismuskritik – betont:

> *„Was den Drill der Soldaten angeht, so ist das eines der wichtigsten Dinge bei der Organisation eines gutes Heeres; in der deutschen Armee brachte man ihn zu systematischer, tief durchdachter sowie praktisch erprobter und realisierter Perfektion. (…) Der Soldat muss von morgens bis abends beschäftigt sein und ständig bei jedem Schritt das strenge, kalte, hypnotisierende Auge seines Vorgesetzten auf sich fühlen. (…) Wenn der Soldat erst drei, vier ja fünf Jahre in dieser traurigen Umgebung verbracht hat, kann er nur als Krüppel wieder daraus hervorgehen." (Bakunin 1873, S. 207)*

„Kontexte und Kontextualisierungen"

Nicht allzu klar erkennbar warum in dieser Sektion untergebracht, widmet sich Georg Fülberth der „Staatskritik von Engels im Kontext des Gesamtwerkes von Marx und Engels", wobei er abschließend meint: „Im Ergebnis lässt sich

festhalten, dass es keine ‚positive' Staatstheorie Engels' gab und dass diese Negativität in seiner Spätphase deutlich ausgeprägter was als z.B. im *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848." (S. 136; Herv. i. O.) Da Fülberth sich auf die Auseinandersetzungen des späten Engels mit der deutschen Sozialdemokratie fokussiert, gelten hier ähnliche Anmerkungen wie schon zum Aufsatz von Merkel-Melis. Eike Hennig widmet sich in „Revolution gegen Versöhnung" der Frage, inwieweit die Probleme des Engelsschen Denkens aus einer falschen Hegelrezeption herrühren – wie ich finde nur mäßig interessant und als grundsätzlicher Ansatz wenig überzeugend.

Eine wichtige Grundfrage materialistischer Staatstheorie schon im Titel seines Aufsatzes anführend – „Staat der Kapitalisten oder Staat des Kapitals" – erörtert Ingo Elbe die Differenzen zwischen Lenin, Kelsen und dem Helden der neueren Staatstheorie, Paschukanis. Geboten wird nichts Neues – manchmal in der historischen Kritik auch etwas schief –, aber Grundlegendes zum Verständnis aktueller Debatten, beziehungsweise deren Ausgangspunkte.

Interessant wiederum Hans-Christian Petersens Aufsatz „Gegen die Oktoberrevolution" über den Gründungsvater des Marxismus in Russland: Georgij Plechanov. Dieser hatte sich scharf gegen den Leninschen Kurs gewandt und vor dessen terroristischem Ausgang gewarnt. Es bleibt in diesem Sinn festzuhalten, dass maßgebliche Denker der alten Garde des Marxismus, wie Eduard Bernstein, Karl Kautsky und eben auch Plechanov vehement gegen die Bolschewiki polemisiert haben. Vergessen werden sollte dabei allerdings auch nicht, dass diese keine ernsthafte alternative sozialistische Perspektive anzubieten hatten. Dies spricht andererseits wiederum nicht für Lenin, sondern sollte vielleicht den Blick auf AkteurInnen und Bewegungen lenken, die jenseits der reformistischen wie bolschewistischen Positionen verortet werden können. Im Fall Russlands wären zu nennen: die linken SozialrevolutionärInnen und die AnarchistInnen.

Fazit

Im Großen und Ganzen ist der Band gelungen und bietet einiges an Material zum Eindenken und Weiterdenken. Dass dabei einige wichtige Lücken klaffen habe ich versucht anzudeuten. Wie es scheint soll in der Reihe *Staatsverständnisse* auch ein Band zum Thema Anarchismus veröffentlicht

werden. Es bleibt abzuwarten, ob es diesem gelingen wird, den/die LeserIn davon zu überzeugen, dass auch hier einiges zu lernen ist und nicht nur ein „idealistisches und infantiles Ideal“ vertreten wurde, wie es uns der Herausgeber erklärt hat.

Zusätzlich verwendete Literatur

Michael Bakunin 1873/2007: Staatlichkeit und Anarchie. Karin Kramer Verlag, Berlin.

Friedrich Engels 1891-92/1963: Der Sozialismus in Deutschland, in: Marx-Engels-Werke (MEW). Band 22. Dietz Verlag, Berlin. S.245-260.

Joachim Hirsch / John Kannankulam / Jens Wissel (Hg.) 2008: Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Tristram Hunt 2009: Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand. Propyläen Verlag, Berlin.

Ernst-Theodor Mohl / Oskar Negt 1986: Marx und Engels – der unaufgehobene Widerspruch von Theorie und Praxis. In: Iring Fetscher / Herfried Münkler (Hg.). Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 4. Neuzeit: Von der Französischen Revolution bis zum europäischen Nationalismus. Piper Verlag, München. S.449-513.

Samuel Salzborn (Hg.) 2012:
'...ins Museum der Altertümer'. Staatstheorie und Staatskritik bei Friedrich Engels.
Nomos, Baden-Baden.
ISBN: 978-3-8329-5797-1.
198 Seiten. 29,00 Euro.

Zitathinweis: Philippe Kellermann: Friedrich Engels als Theoretiker und Kritiker des Staates. Erschienen in: . URL: https://kritisch-lesen.de/s/K8Jnc.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere Kontaktseite erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.